



Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste

zeichen

Nr. 1 | Frühling 2025

80 JAHRE –
KEIN ENDE

Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

THEMA

- 4 Äußere Angriffe – Innere Erosionen
Volkhard Knigge
- 10 Auschwitz. Ein Verbrechen – viele Erinnerungen
Zofia Wóycicka
- 14 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz –
in Erinnerung an Marian Turcki
Judith Hoehne-Krawczyk

FREIWILLIGE BERICHTEN

- 18 Im Dilemma der Gleichzeitigkeit
Hannah Schmidt
- 21 Jetzt erst recht erinnern
Luisa Frieden
- 22 Eine Aufgabe, die mich nicht kaltlässt,
sondern bewegt
Lilia Weber

THEMA

- 26 Umkämpfte Erinnerungen
Christoph Meißner
- 28 In deutscher, sowjetischer und polnischer Haft
Piotr Chruścielski
- 30 Täter, Zeugen, Opfer und »Der Lange Krieg«
Anne van Mourik
- 34 Entkoppelt, verspätet, lückenhaft
Elena Monicelli und Elena Pirazzoli
- 36 80 Jahre nach Kriegsende: Die Erinnerung
an den Zweiten Weltkrieg in Japan
Takuma Melber

ANDACHT

- 39 Die letzte verantwortliche Frage
Gottfried Brezger

ASF-GESCHICHTE

- 42 Ein Antisemit weniger auf Berliner Straßenschildern
Johannes Zenger
- 43 60 Jahre diplomatische Beziehungen –
64 Jahre ASF in Israel
- 43 60 Jahre Versöhnung im Zeichen des Nagelkreuzes

WEGGEFÄHRT*INNEN

- 44 Zu Besuch bei Michael Krupp
Uriel Kashi
- 45 Unbequem, aber solidarisch
Matteo Schürenberg

GUTES TUN

- 46 Junge Menschen unterstützen, Verantwortung
zu übernehmen
Gespräch mit Donata Gries
- 47 Termine

BILD- UND QUELLENHINWEISE

Titelbild, S. 24 (1), 25 (1): ASF/Patryk Pawłowski
S. 3, Rückseite: ASF/Ruthe Zuntz
S. 8/9, 16/17, 32/33, 40/41: Tiergarten4Association
S. 19/20: Deutscher Bundestag/Stella von Saldern
S. 23: NMKA
S. 24 (1), 25 (1): ASF/Andrzej Rudiak
S. 24 (2), 25 (1): ASF/Judith Hoehne-Krawczyk
S. 39/40: Erinnerungsorte Brandenburg/Philipp Ziem
S. 45: Flickr/Heinrich Klaffs [CC BY NC-SA 2.0]



Kofinanziert von der
Europäischen Union

Gefördert von der Europäischen Union. Die geäußerten Ansichten der Autor*innen spiegeln nicht notwendigerweise die der Europäischen Union oder der Bewilligungsbehörde (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die Bewilligungsbehörde können dafür verantwortlich gemacht werden.

IMPRESSUM

Ausgabe: Nr. 1, Frühling 2025, 53. Jahrgang
Auflage: 7.300 Exemplare
ISSN: 2749-5639
Herausgeberin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.,
Auguststraße 80, 10117 Berlin
Redaktion: Jutta Weduwen (verantw.), Matteo Schürenberg
Lektorat: Marina Schröder-Heidtmann
Telefon: +49 30 28395-184 | Fax: +49 30 28395-135
E-Mail: presse@asf-ev.de | Internet: www.asf-ev.de

Gestaltung: ultramarinrot, Berlin
Druck: Druckhaus Dülmen

**Unterstützen Sie unser Engagement
für Erinnerung und Frieden**

ASF-Spendenkonto

SozialBank
IBAN: DE72 3702 0500 0003 1137 00
BIC: BFSWDE33XXX

Editorial

Liebe Leser*innen,

mit der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz (und vieler weiterer Orte der Verfolgung) jährt sich 2025 ein weiteres historisches Datum, nunmehr zum 80. Mal. Während bei früheren »runden« Jahrestagen kritisch gefragt wurde, ob das stete Erinnern zur bloßen Routine und hohl klingenden Selbstvergewisserung geraten könnte, fällt das Gedenken in diesem Jahr gespenstisch aktuell aus: Überlebende, wie der kürzlich im Alter von 98 Jahren verstorbene Marian Turski, warnen entschieden vor einem neuen Rechtsruck.

Judith Hoehne-Krawczyk schildert in diesem *zeichen* ihre prägenden Begegnungen mit dem Präsidenten des Internationalen Auschwitz Komitees, der mit letzter Kraft seine Rede in der Gedenkstätte Auschwitz für einen Appell nutzte, die Erinnerungen der Überlebenden nach ihrem Tod weiterzutragen. Auch Hannah Schmidt reiste mit weiteren ASF-Freiwilligen zur Gedenkveranstaltung und erlebte kurz darauf ebenfalls in der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag, wie der ukrainische Zeitzeuge Roman Schwarzman mahnte, dass sich Demokratien gegen die Aggressionen von Autokraten wie Putin verteidigen müssen, bevor es zur parlamentarischen Zäsur kam, dass ein Antrag zur Migrationspolitik mit den Stimmen der AfD verabschiedet wurde.

Zugänge zu tatsächlichem Erinnern, das nicht beliebig bleibt, sondern aufrüttelt, fand Hannah Schmidt hingegen in der schonungslosen Kunst eines Überlebenden und einem offenen Gespräch mit einer Zeitzeugin. Solche Begegnungen, die wirklich etwas bewegen, brauchen Zeit und Vertrauen. Viele unserer Freiwilligen erleben dies, wie Luisa Frieden und Lilia Weber an den Gedenkortern Majdanek und Kamp Amersfoort.

In diesem Heft haben wir historische Perspektiven aus Polen, Italien, Japan, den Niederlanden und Deutschland versammelt. Der Zweite Weltkrieg endete dort sehr unterschiedlich, was überall bleibt, sind ambivalente Spätfolgen: sozial, politisch, erinnerungskulturell. Sie sind teils bis heute unterdrückt, teils werden sie aber auch stärker diskutiert und anerkannt. So berichtet Zofia Wóycicka, wie das Erinnern an »Auschwitz« sich in Polen zunehmend öffnet für die Wahrnehmung lange marginalisierter Opfergruppen. Auf diesem Weg können sich neue Solidaritäten aufbauen, anstatt verschiedene Gruppen von Verfolgten, unterschiedliche Formen des Leides gegeneinander auszuspielen.

Durch das *zeichen* ziehen sich Bilder von historischen Orten der Verfolgung in Polen, Tschechien und Deutschland. Mauerwerk, Pfosten, ganze Fabrikgelände sind bis heute sichtbare Spuren. Viele weitere Spuren wurden bewusst vernichtet. An manchen Orten finden sich heute Gedenkzeichen, andere sind überbaut, grasüberwachsen oder verlassen. Doch wer genau hinsieht, wird sie finden – wie die Tiergarten4Association in ihrem Projekt »Re-Finding the Subcamps of Auschwitz« oder der ASF-Mitarbeiter Philipp Ziems für sein Online-Portal »Erinnerungsorte Brandenburg«.

Diesen offenen, wie genauen Blick brauchen wir sowohl auf unsere Geschichte wie auf unsere Gegenwart. Nur so können wir der autoritären Geschichtsverzerrung die eigentlichen Geschichten der Verfolgten entgegenstellen und ihre Lehren für unsere Zeit nutzen: nicht die Augen vor unserer gewaltvollen Gegenwart zu verschließen, sondern geschichtsbewusst für eine friedliche und demokratische Gesellschaft in einem geeinten Europa einzutreten.

Ich wünsche uns miteinander ein gutes Wirken für eine fortwährende wache Erinnerung an die Opfer der NS-Verfolgung und danke herzlich für die Verbundenheit mit unserer Arbeit.

Herzlich,
Jutta Weduwen, *Geschäftsführerin*



Äußere Angriffe – Innere Erosionen

Die Geschichte der Bundesrepublik wird gerne als erfolgreiche Umkehr- und Wandlungsgeschichte erzählt, mit der das »Nie wieder!« zum Kern der eigenen Identität geworden ist. Dass Selbstbild und Selbstzufriedenheit gerechtfertigt sind, erscheint jedoch mehr und mehr fraglich.

Volkhard Knigge

In seiner globalen Geschichte der Deutschen in der Welt hebt der britische Historiker David Blackbourn hervor, dass die Bereitschaft zur Vergangenheitsbewältigung ein prägendes Merkmal des heutigen Deutschlands sei und von vielen als »Musterbeispiel« für den Umgang mit dunkler Geschichte angeführt werde.¹ Wen immer Blackbourn mit »vielen« meint, sicher ist, dass diese Diagnose mit einer deutschen Selbstsicht korrespondiert, die seit der Vereinigung 1990 zunehmend deutlich und selbstsicher formuliert wird.

Bereits 1995 titelte der »Spiegel« mit Bezug auf den 50. Jahrestag des Alliierten-Sieges über NS-Deutschland: »Bewältigte Vergangenheit«. Zehn Jahre später befand Bundespräsident Köhler ganz in diesem Sinne, dass »Deutschland (...) nicht nur äußerlich ein anderes Land als vor 60 Jahren« sei, sondern dass sich »unser Land (...) von seinem Inneren her verändert« habe.² Reden von Bundespräsidenten und Bundeskanzlern klingen bis heute ganz ähnlich. Folgt man dieser Sicht, dann erscheint die Bundesrepublik als Verkörperung des »Nie wieder!«, zumindest aber als ein Land, das sich dieser Maxime unzweideutig verpflichtet hat.

Wenn ich dieses Selbstbild und die damit einhergehende Selbstzufriedenheit kritisch betrachte, dann verkenne ich nicht, dass die Etablierung der Demokratie in Deutschland nicht zuletzt auf der selbstkritischen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen beruhen. Erweitert man den Blick aber über die geläufige Rahmenerzählung einer erfolgreichen Umkehr- und Wandlungsgeschichte der Bundesrepublik hinaus, dann geraten Nebenwirkungen und Formveränderungen und nicht zuletzt innere Erosionen in den Blick, die diese Erzählung verdeckt. Letztere gefährden die selbstkritische, aufklärerisch orientierende Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Nachwirkungen des Nationalsozialismus nicht weniger als von außen kommende, eher ins Auge springende Angriffe und Herausforderungen – wie etwa von ganz Rechts oder aus

postkolonialen Kontexten. Zudem verschiebt sich derzeit die dabei unausgesprochen eingeschriebene zeitliche Verortung dieser Arbeit am kulturellen Gedächtnis: Immer verstand sie sich als ein Bemühen nach Diktatur und staatlich formierter Unmenschlichkeit. Angesichts der hier und andernorts betriebenen Aushöhlung und Zerstörung der Demokratie und des Wiederhalls, den dieses Vorhaben auch in freien Wahlen findet, steht ernstlich infrage, ob von einem gesicherten »Danach« noch ausgegangen werden kann. Ohne sich auch die der gegenwärtigen Erinnerungskultur selbst innewohnenden Probleme bewusst zu machen, ist es nicht möglich, dem Drohenden adäquat zu begegnen.

Von kritischer Selbstbesinnung zum moralischen Appell

Seit Jahren wird als maßgebliches Problem der »Zukunft der Erinnerung« stereotyp-redundant der Verlust der Zeitzeugen beschworen. Gewiss geht mit den Augenzeugen und ihren Berichten unabwendbar eine lebendige und berührende Verbindung zwischen Gestern und Heute verloren, und auch das moralische Gewicht ihres Einspruchs gegen Verharmlosung und Wiederbelebung der politischen Gifte der Vergangenheit wird schmerzlich fehlen. Allerdings wirft die Fixierung auf die Zeitzeugen auch Licht darauf, wie ausgedünnt mittlerweile die öffentliche Vorstellung von dem ist, was unter einem kritisch-aufklärenden, gegenwartswirksamen, präventiven Rückbezug auf Geschichte und Erfahrung des Nationalsozialismus verstanden wird. Dieser Rückbezug verengt sich auf die Identifikation mit Überlebenden als *moral voices* (Daniel Schuch), die nicht mehr, wie in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, als lästige Zeugen der Anklage, sondern stattdessen als Wegweiserinnen und Wegweiser und gleichzeitig lebendige Bestätigung der erfolgreichen Läuterung Deutschlands gelten. Unter Erinnerungskultur wird verstanden, »angeleitet von Zeitzeu-

gen (...) unsere Vergangenheit und Gegenwart besser [zu] verstehen«³ und deren Zeugenrolle als »Zeugen der Zeugen« (Elie Wiesel) beziehungsweise »Zweitzeugen«⁴ zu übernehmen und weiterzuführen.

Ich weiß aus über dreißigjähriger Erfahrung, wie ermutigend und beglückend die Freundschaft mit Überlebenden ist und wie wertvoll ihre erfahrungsgeschichtlichen Zeugnisse sind, wenn sie als historische Quellen *lege artis* behandelt werden. Doch die Identifikation mit den Opfern, gar das simple, entlastende Sich-auf-ihre-Seite-Schlagen reicht für ein wirksames Begreifen des Nationalsozialismus und seiner Unmenschlichkeit nicht aus. Nicht nur konnte die Unzahl der Ermordeten nie Zeugnis ablegen, auch die Mehrheit der Überlebenden fand in Deutschland kein Gehör, weil sie bereits vor dem späten »Zeitzeugenboom« verstorben sind. Daraus resultiert auch ein epistemisches Problem: Die Erfahrungsgeschichte ganzer Häftlingsgruppen ist durch Abwehr und Ignoranz teils oder ganz verloren. Außer Acht gelassen wird auch, dass Überlebende – je nach Herkunft, politischer Überzeugung, kultureller Prägung und daraus resultierenden Zukunftserwartungen – selbst dann, wenn sie aus den gleichen Gründen verfolgt worden sind, unterschiedliche Konsequenzen aus ihrer Erfahrung gezogen haben. Dass Auschwitz zudem angesprochen werden kann, ohne dass »trotz einer gewissen Beunruhigung« die »Grenzen der Teilnahmslosigkeit« überschritten und »sein Verstehen verlangt« werden, haben Alphons Silbermann und Manfred Stoffers bereits 2000 in einer soziologischen Studie festgestellt.⁵ Gedankenlose Sentimentalität, folgenlose Augenblicksbetroffenheit und ein Abschieben der Ursachen für die deutschen Verbrechen ins allgemein Menschliche lassen sich selbst in Gedenkstätten erleben.

Darüber vollzieht sich ein elementarer Umbruch: Aus der empirisch gehaltvollen, selbstkritischen Reflexion gegenwärtiger politischer und gesellschaftlicher Wirklichkeit im Licht der historischen Erfahrung ist ein eher moralpädagogisches Memorialvorhaben geworden. Als solches ist es weniger auf die Prüfung der politischen und gesellschaftlichen Verfassung und die ihr zugrunde liegenden Strukturen ausgerichtet, einschließlich der Frage, inwieweit diese der Hinwendung zu den politischen Giften der Vergangenheit Vorschub leisten. Im Mittelpunkt steht vielmehr die »Einschulung« der Nachwachsenden in einen vermeintlich ubiquitär erreichten Konsens in Bezug auf das Schlechte in der Vergangenheit und das Gute heute.

Dieser Verschiebung von geschichtsbewusster kritischer Selbstbesinnung hin zum moralischen Appell entspricht eine Rhetorik, in der »Erinnerung« zu einer scheinbar sich von selbst verstehenden auratischen Formel für gelungene Vergangenheitsbewältigung geworden ist. Historische Wahrheit, Aufhebung von Verdrängung, Enttraumatisierung, solidarische Einfühlung in die Opfer, moralische Läuterung und die Bejahung von Demokratie und Menschenrechten werden dem Erinnern *sui generis* zugeschrieben und sollen mit ihm identisch sein. »Erinnerung« ist damit zu einer Containervokabel geworden,

in der – inhaltlich ausgebleicht – die unterschiedlichsten Auffassungen und Zuschreibungen verschwimmen – als diffuser, aber vielversprechender Königsweg.

Angesichts dieser Aufladung bei gleichzeitiger Einschränkung der Aufmerksamkeit für die konkreten Gründe und Rahmenbedingungen des Umkippens von Staat und Gesellschaft in Inhumanität, ist an einen Hinweis Adornos zu erinnern: »Nach der Phrase, es käme allein auf den Menschen an, schieben sie alles den Menschen zu, was an den Verhältnissen liegt, wodurch dann wieder die Verhältnisse unbehelligt bleiben.«⁶ Historisch-kritische Selbstreflexion muss deshalb die Frage nach den Bedingungen für politische und gesellschaftliche Ohnmacht, für Ungleichheit und (Abstiegs-)Angst, für die vermeintliche Plausibilität sozialdarwinistischen Agierens, für die Sehnsucht nach autoritärer Führung und ethnonationalistischer Hybris und Aggressivität miteinschließen.

Erreichtes

Um diese Gefährdungen genauer zu verstehen, hilft ein Rückblick auf das Erreichte. Die Geschichte der Aufarbeitung lässt sich dann tatsächlich tendenziell als Erfolgsgeschichte darstellen, wenn man auf die Überwindung des konkreten Nachlebens des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik abhebt. Auch wenn die Aufarbeitung Jahre und Jahrzehnte gedauert hat und immer wieder auf zähe und erbitterte Widerstände getroffen ist: Elitenkontinuitäten, Geisteshaltungen, in Kraft belassene NS-Gesetze oder fortgesetzte Formen der Diskriminierung sind zunehmend aufgedeckt und bekämpft worden. Ungeschönte Forschung hat erheblich dazu beigetragen, das Selbstbild des »Dritten Reichs« und deren nachwirkende Attraktivität zu durchkreuzen. Die Bundesrepublik hat sich zur Schuld Deutschlands an Krieg und NS-Verbrechen bekannt, wie auch zu daraus resultierenden ideellen und materiellen Verpflichtungen gegenüber den Opfern. Gedenkstätteninstitutionen mit gesellschaftlichem Bildungsauftrag gehören heute zu den Kerninstitutionen der Geschichtskultur. 2009 hat der Deutsche Bundestag eine von allen Überlebendenverbänden verfasste Vermächtniserklärung offiziell entgegengenommen und gewürdigt; und 2020 hat er endlich anerkannt, dass niemand – auch nicht die sogenannten Asozialen und Gewohnheitsverbrecher – zu Recht in KZ-Haft war.

Gleichwohl ist diese Gerechtigkeit nur als beschädigte Gerechtigkeit hergestellt worden. Die meisten Verfolgten haben das Bemühen um Gerechtigkeit nicht mehr erlebt. Zudem werden entsprechende Verpflichtungen bis heute verschleppt, wie etwa im Fall der Restitution von Raubkunst oder den von Griechenland begründet eingeforderten Reparationen. Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes ist 1999 erst über den Umweg der beiden Enquetekommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der von der DDR übernommenen Gedenkstätten entstanden. Zudem lässt sich an die Praxis der Aufarbeitung nicht unmittelbar anknüpfen, um geschichtsbewusste Selbstbesinnung heute zu sichern. Auch wenn Aufar-

beitung nicht abgeschlossen ist, fand diese Auseinandersetzung wesentlich in einer Sphäre der Zeitgenossenschaft statt. Diejenigen, die in diesem Rahmen aufeinandertrafen, hatten den Nationalsozialismus unmittelbar erlebt, mitgestaltet oder erlitten, waren Kinder, allenfalls Enkel der Zeitgenossinnen und Zeitgenossen, für die das Vergangene keineswegs irgendeine, bereits erkaltete Geschichte war. Mit dem Erfolg der Aufarbeitung und jenseits der Zeitgenossenschaft hat der Nationalsozialismus sein lebensweltlich verankertes Empörungspotenzial jedoch weitgehend verloren; das selbstaffirmative Bild der grundsätzlich geläuterten Nation beruhigt und schläfert ein. Das Erinnerungsgebot mit seinen eingeschliffenen Sprachformeln und Ritualen gehört mittlerweile zu den Routinen, an die man sich äußerlich anpassen kann – oder die man ganz an sich abperlen lässt.

Die Transformation von Aufarbeitung in »Erinnerung« und deren Überführung in einen nationalen Referenzrahmen mit der Vereinigung 1990 hat an das zivilgesellschaftliche kritische Engagement angeknüpft, aber es auch aufgesaugt und neutralisiert. Der Staat selbst hat sich mit seinen Gedächtnisinstitutionen Gedenktagen und Bundestagsresolutionen tendenziell zum Erzieher gemacht. Über den Hang zur Selbstzufriedenheit hinaus hat auch das Folgen, die der inneren Erosion zuarbeiten.

Stereotype Ritualisierung

An der DDR zeigt sich die kontraproduktive Seite des affirmativen Nationalgedächtnisses mit Blick auf Verbrechensgeschichte. Der SED-Staat bestimmte das Geschichtsbild und die Programmatik des Erinnerens maßgeblich. Ziel war es, die fehlende demokratische Legitimation historisch, durch Antifaschismus, auszugleichen. Daraus resultierten Vorgaben und blinde Flecken bis tief in die Gedenkstätten. So fiel Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den 1980er-Jahren auf, dass mehr und mehr Jugendliche die Gedenkstätte Buchenwald äußerlich willig, aber innerlich gleichgültig besuchten. Eine daraufhin in Auftrag gegebene, nach dem Fall der DDR zugängliche Studie kam zu dem Ergebnis, dass zwei Gründe dafür von erheblicher Bedeutung waren: die affirmative Konstellation des historischen Gedächtnisses sowie seine stereotype Verschlagwortung und Ritualisierung. Die affirmative Ausrichtung – die DDR sei das neue, bessere, antifaschistische Deutschland – machte den Gedenkstättenbesuch gleichsam sinnlos und langweilig. Denn anstatt kritische Selbstreflexion und daraus resultierendes Engagement zu stärken, waren nur Zustimmung und Identifikation gefordert.⁷ Auch wenn die Bundesrepublik nicht die DDR ist, sollte diese Erfahrung sensibilisieren.

Der inneren Erosion hierzulande arbeitet auch die Asymmetrie zwischen den normativen Verlautbarungen staatlich abgefederter Erinnerungskultur und dem konkreten politischen Handeln zu. Es reicht, an die schleichende Drift demokratischer Parteien in diskriminierende Rhetorik und Maßnahmen gegenüber Geflüchteten zu erinnern. Es reicht, sich klarzumachen,

wie die AfD durch Anpassung an deren Politik geschlagen werden soll. Es reicht, sich die Abwehr der Wahrnehmung der langen Linie des Rechtsterrorismus, den nachlässigen Umgang mit Rechtsextremismus und Antisemitismus gerade in der »Mitte der Gesellschaft« vor Augen zu führen (Wilhelm Heitmeyer). Selbst wenn man anerkennt, dass Normativität und Wirklichkeit nie gänzlich zur Deckung zu bringen sind, wird durch jede Vergrößerung der Differenz das »Nie wieder!« delegitimiert. Diese Differenz lässt sich nicht dadurch verkleinern, dass politisch und sozial mitverursachte Probleme, wie etwa das Ausspielen des »Eigenen« gegen das »Fremde« oder die Funktionalisierung bestimmter Gruppen zu Sündenböcken, zur »Heilung« an Gedenkstätten überwiesen werden. Vielmehr entsteht der Eindruck von Doppelmoral.

Angriffe und Relativierungen

Konkretes historisches Wissen und reflexives Geschichtsbewusstsein sind unverzichtbar, um sich gegen den Strich bürend an Geschichte und Erfahrung des Nationalsozialismus in und für die Gegenwart nachhaltig orientieren zu können. Das muss nicht nur nach innen, sondern auch gegen Angriffe von außen verteidigt werden, aktuell sowohl seitens der AfD als auch von postkolonialer Warte aus, die das historische Erinnern in der Bundesrepublik als »autoritäre Staatsideologie«, als aufgezwungenen und von »Hohepriestern« überwachten »Katechismus« diffamieren.

Die AfD verschiebt tabubrechend das über den Nationalsozialismus Sagbare und seine Bewertung relativierend nach rechts und lädt es identitätspolitisch auf, um das historische Gedächtnis der Bundesrepublik völkisch-nationalautoritär umzuformatieren.

Nicht nur die Relativierung des Nationalsozialismus ist dafür ein Mittel, sondern auch das Umschreiben seiner Geschichte. 2024 hat die AfD dazu zwei Denkmalanträge in den Bundestag eingebracht. Eine »würdige Gedenkstätte« für die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 soll auf dem ehemaligen Flugplatz Rangsdorf in Brandenburg errichtet werden, als »Kontrapunkt« gegen »deutsche Schuld«. Als neuer »Fixstern« soll der »nationalkonservative Widerstand« den alten überstrahlen – bereinigt um die Ambivalenz der teils langen Zustimmung zum Nationalsozialismus und den Antisemitismus vieler Akteure. Der Antrag, in Berlin ein »Denkmal zur Erinnerung an die Verfolgung und Deportation der Deutschen aus Russland« zu errichten, konstruiert gleichsam als Gegengeschichte zum nationalsozialistischen Raub- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion eine angeblich mit dem Ersten Weltkrieg beginnende Unterdrückungs- und Gewaltgeschichte, die letztlich erst mit der Rückkehr der Russlanddeutschen »in ihre historische Heimat« ein rundum glückliches Ende fand. Typisch ist in beiden Fällen die krude zurechtgezimmerte Rückverwandlung der Geschichte der Deutschen im 20. Jahrhundert in eine Opfergeschichte.

Attacken aus dem postkolonialen Feld wiederum unterschlagen nicht nur das zähe zivilgesellschaftliche Ringen um die wahrhaftige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Sie eskamotieren auch die Spezifik der Shoah, indem sie diese in eine lange Linie ausbeutenden, kolonialen Rassismus des Westens in Bezug auf den Globalen Süden stellen und – mit den frühen Theoretikern des Antikolonialismus – als dessen Rückschlag auf seine Urheber deuten. Der eigentliche Zivilisationsbruch soll der Shoah in Gestalt des Kolonialismus vorausgegangen sein. Durch Holocaust Education globalisiert, diene die Erinnerung an die Shoah dazu, dies zu verdrängen – gestützt durch ein politisch verordnetes, insbesondere in Deutschland geschmiedetes sakralisiertes Singularitätsgebot, das angeblich jeden Vergleich verbietet. Unter den Tisch fällt – wie zuvor schon bei den fehlgeleiteten Angriffen von Rechts etwa in Bezug auf die Flucht und Vertreibung von Deutschen mit Ende des Zweiten Weltkriegs oder hinsichtlich der Gewaltgeschichte des Sowjetkommunismus –, dass Vergleiche zur geschichtswissenschaftlichen Methodik gehören und dass gerade dabei die Präzedenzlosigkeit der Shoah kenntlich wird. Denn sie besteht nicht im Ausmaß der Gewalt oder der Zahl der Opfer, sondern in dem historisch bis dahin nicht vorstellbaren Umstand, dass Menschen allein als Angehörige einer Gruppe – ohne Gnade, arbeitsteilig und unter Einsatz modernster Mittel – getötet wurden, um diese Gruppe, die jüdischen Menschen, vollständig auszutilgen, und zwar ohne jede Rücksicht auf deren Ausbeutbarkeit und die eigene Selbsterhaltung. Die mörderische Geschichte des westlichen Kolonialismus lässt sich darstellen und aufarbeiten, ohne den nationalsozialistischen Zivilisationsbruch und dessen Gedächtnis zu relativieren.

Die Unterscheidung von Erinnerung und kritisch-reflexivem Geschichtsbewusstsein ist keine Wortklauberei. Rechtsidentitäre wie postkoloniale Angriffe relativieren – einander entgegenkommend – die Shoah und die kritische Vergangenheitsvergegenwärtigung in der Bundesrepublik. Diese gerät jedoch dabei doppelt in Gefahr, wenn das historische Erinnern von kritischem Geschichtsbewusstsein und wirksamer Gesellschaftskritik abgekoppelt wird.

Dieser Artikel erschien zunächst in Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 1–5, 2025 und wird hier in gekürzter Fassung abgedruckt. Zur vollständigen Fassung: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/auschwitz-2025/558405/aeussere-angriffe-innere-erosionen>

Prof. Dr. Volkhard Knigge ist emeritierter Professor für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit der Universität Jena. Bis 2020 leitete er die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora.

- 1 Blackbourn, David (2024): Die Deutschen in der Welt. Siedler, Händler, Philosophen. Eine globale Geschichte vom Mittelalter bis heute, München, S. 9.
- 2 Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa, 08.05.2005, www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2005/05/20050508_Rede
- 3 Josef Schuster in seinem Geleitwort für die ACHAVA Festspiele Thüringen 2024.
- 4 Ein Beispiel dafür ist der Verein Zweitzeugen e. V., <https://zweiteugen.de>.
- 5 Silbermann, Alphonso/Stoffers, Manfred (2000): Auschwitz: Nie davon gehört? Erinnern und Vergessen in Deutschland, Berlin, S. 15f.
- 6 Adorno, Theodor W. (1977): Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: ders.: Gesammelte Schriften, hrsg. von Tiedemann, Rolf, Bd. 10.2, Frankfurt/M., S. 555–572, hier S. 560.
- 7 Vgl. Heinemann, Karl-Heinz/Schubarth, Wilfried (Hrsg.) (1992): Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Köln.



Merlin aus Neuss
begleitet ab
September ältere
Menschen in
Jerusalem.

**Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen**

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



Re-Finding the Sub Camps of Auschwitz

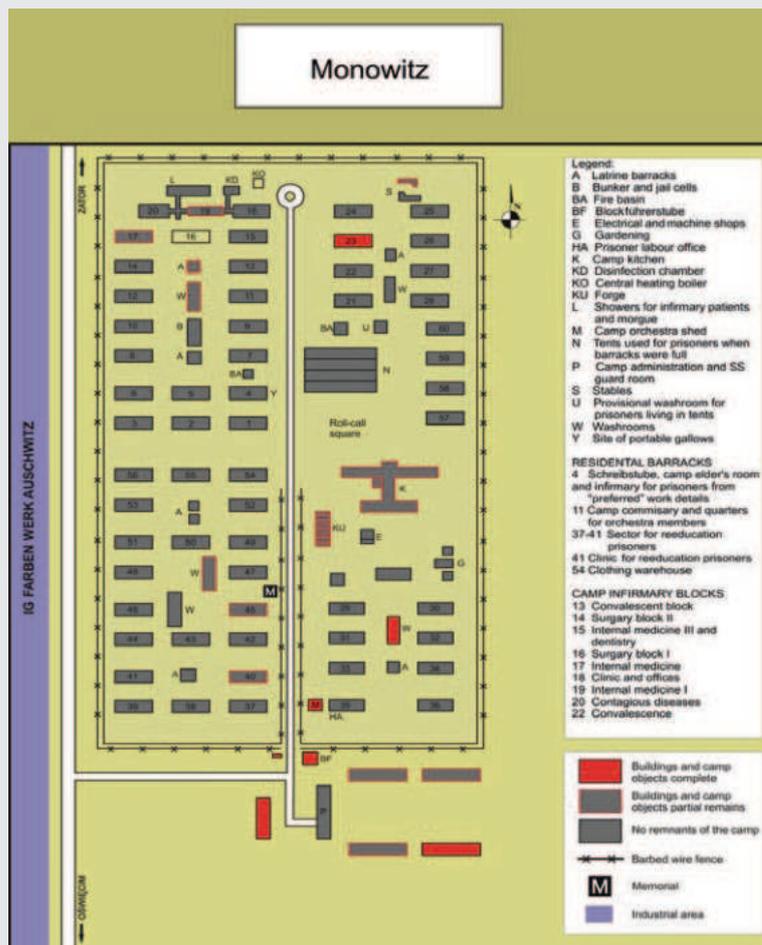
Zwangsarbeit im Lagerkomplex des Vernichtungslagers Auschwitz – auf den Spuren von »Vernichtung durch Arbeit«

Heute steht »Auschwitz« als Symbol für den Völkermord in industriellem Ausmaß und die schwersten Verbrechen der Nazis gegen die Menschheit. Die Rechercheinitiative **Tiergartenstrasse4Association** legte demgegenüber den Fokus auf die 45 Außenlager, die im heutigen Polen wie auch in Tschechien liegen: Wie sehen diese Orte heute aus? Was erinnert

heute an die Lager und ihre Opfer vor Ort? Warum ist der Aspekt der »Vernichtung durch Arbeit« und die massenhafte Ausbeutung im Nationalsozialismus so wenig beachtet?

www.subcamps-auschwitz.org

Konzentrationslager Auschwitz III



Das KZ am Dorf Monowice grenzte an die Buna-Werke der I.G. Farben AG und war das erste von einem privaten Unternehmen geplante und finanzierte KZ, das allein der Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen diente. Überwiegend jüdische Gefangene aus Polen und später Ungarn mussten in verschiedenen Betrieben arbeiten. Bis zu 11.000 Menschen waren hier inhaftiert. Am 18. Januar 1945 wurden die verbliebenen Häftlinge in die Nebenlager Gleiwitz von dort in die KZ Mittelbau-Dora, Buchenwald und Mauthausen gebracht. Zwei Mahnmale erinnern heute an die Opfer.

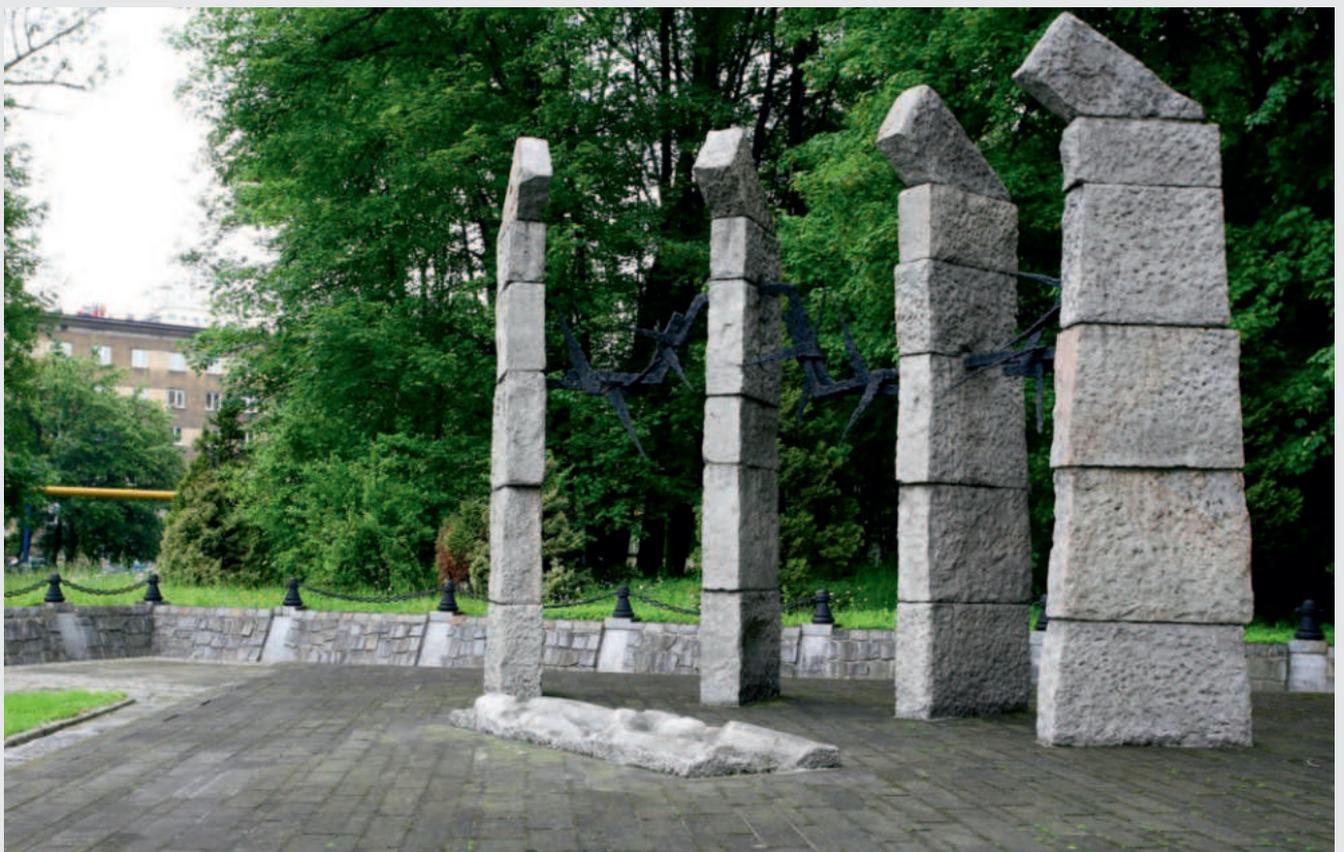


Ehemaliger Wachturm (rechts). Verbliebener Zaunpfosten am südöstlichen Lagerende (ganz rechts).





Frühere Fabrikgebäude der IG Farben
Bunawerke. Bis heute existiert hier
eine chemische Produktion (oben).
Das Hauptmahnmal wurde 1966 in der
Nähe des Fabrikgeländes errichtet
(unten). Gebäude der »Blockführer-
stube« (links).



Auschwitz. Ein Verbrechen – viele Erinnerungen

Zofia Wóycicka

Als ich die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau im Dezember 2024 besuchte, traf ich auf der Rückfahrt zwei chinesische Studenten. Sie erzählten mir, sie hätten auf dem Weg von Italien nach Norwegen extra für einen Tag in Krakau gehalten, um Auschwitz-Birkenau zu besuchen und zwar bewusst am 13. Dezember, dem Jahrestag des Nanjing-Massakers von 1937 bis 1938, bei dem japanische Truppen mehrere Hunderttausend Chines*innen ermordeten.

Innerhalb der letzten Jahrzehnte, zunehmend mit der Globalisierung und der Entwicklung des Massentourismus, ist das NS-Vernichtungs- und Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau zum internationalen Symbol von Holocaust, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschheit geworden. Die Besucherzahlen sind seit den 1990er-Jahren bis zur COVID-19-Pandemie von etwa 500.000 auf über zwei Millionen angewachsen. Dabei hat der Ort – wie das Beispiel der zwei chinesischen Studenten zeigt – für verschiedene Menschen eine unterschiedliche Bedeutung.

Für Peter Reichel ist Auschwitz als Erinnerungsort schlichthin zum synonymen »Namen für die industriell organisierte Ermordung von fünf bis sechs Millionen Juden« durch NS-Deutschland geworden.¹ In Deutschland, zunehmend aber auch darüber hinaus, ist Auschwitz gleichsam der Inbegriff des Holocausts.

Allerdings war Auschwitz lange für die meisten Deutschen aus Ost und West kein konkreter geographischer Ort, sondern ein Abstraktum. Dies änderte sich erst langsam mit den Frankfurter Auschwitz-Prozessen und zunehmend nach dem Fall der Sowjetunion und dem EU-Beitritt Polens. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2017 war damals 86 Prozent der Deutschen Auschwitz ein Begriff.² In Polen werden seit 1995 Meinungsumfragen zu Auschwitz durchgeführt. Sie zeigen, dass der Bekanntheitsgrad von Auschwitz, bzw. Oświęcim hier um einiges höher ist. 2020 meinten beinahe alle Befragten, die Erinnerung an Oświęcim bzw. Auschwitz wäre ihnen wichtig.³ Nur ein Prozent räumte ein, nichts über den Ort zu wissen. 55 Prozent gaben an, wenigstens einmal in der Gedenkstätte gewesen zu sein.

Allerdings wird dem Ort in Polen eine etwas andere Bedeutung beigemessen, was schon der Doppelname Oświęcim/Auschwitz anzeigt. Hier wird Auschwitz überwiegend als ein Ort des Leidens nicht-jüdischer Polinnen*Polen wahrgenommen, obwohl er in Polen seit etwa dreißig Jahren zunehmend auch als ein Ort des Mordes an den europäischen Jüdinnen*Juden anerkannt wird.

Woher rühren diese Unterschiede? Für mich ist dies nicht nur mit der ungleichen Geschichte im Zweiten Weltkrieg zu erklären, in dem NS-Deutschland in Absprache mit der Sowjetunion Polen angriff, die polnischen Eliten gezielt ermordete und das Land unter schwersten Kriegsverbrechen systematisch ausbeutete und in ganzen Regionen die polnischen Bewohner*innen vertrieb. Hinzu kommt aber auch eine Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der Erinnerung an Auschwitz in beiden deutschen Staaten und Polen. Dabei spielt die geographische (und mentale) Nähe beziehungsweise umgekehrt die Entfernung von dem Ort eine erhebliche Rolle. Dazu skizziere ich drei Momentaufnahmen.

Historische Fakten

Auschwitz-Birkenau ist an den Opferzahlen gemessen das größte NS-Vernichtungslager im besetzten Europa. Das ursprünglich für polnische politische Gefangene vorgesehene Stammlager wurde im Sommer 1940 in einem Vorort der Stadt Oświęcim gegründet, die man an das Deutsche Reich angegliederte. Nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR im Juni 1941 kamen zudem sowjetische Kriegsgefangene und mit der Zeit Gefangene aus anderen Ländern Europas in das Lager.

Im Herbst 1941 begann ein größerer Ausbau mit dem Lager Auschwitz II – Birkenau, zu dessen Lagerkomplex schließlich mehr als 40 weitere Nebenlager gehörten. In Birkenau wurden insgesamt rund 400.000 Gefangene registriert. Mehr als die Hälfte von ihnen kam infolge der schlechten Lebensbedingungen, der brutalen Behandlung und der Erschöpfung aus Zwangsarbeit, Hunger und Epidemien sowie bei kriminellen medizinischen Experimenten und Hinrichtungen ums Leben.

Seit 1942 war Birkenau zugleich ein Vernichtungslager für die europäischen Jüdinnen*Juden. Die meisten dieser Menschen wurden nach ihrem Transport nicht registriert, sondern direkt von der Bahnrampe in die Gaskammern getrieben. Etwa 1,1 Millionen Menschen kamen hier ums Leben, davon rund 90 Prozent Jüdinnen*Juden. Sie stammten aus fast allen Staaten Europas, darunter circa 300.000 polnische Jüdinnen*Juden. Die nächstgrößte Opfergruppe waren nicht-jüdische Polen*Polen (70.000), Sinti* und Roma* (21.000) und sowjetische Kriegsgefangene (14.000).

Momentaufnahme I

Oświęcim erwuchs bereits in den 1940er-Jahren, also noch während der deutschen NS-Besatzung, in Polen zum zentralen nationalen Erinnerungsort an den 2. Weltkrieg. Bereits während des Kriegs wurde Auschwitz zu einem Symbol für das nationale Leiden. Die Untergrundpresse berichtete über die Verbrechen. In den ersten Nachkriegsjahren gab es zahlreiche literarische, wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Publikationen. Besonders nennenswert sind die erschütternden Schilderungen von Tadeusz Borowski, der schonungslos die Verstrickung der Häftlinge in das System des KZ-Terrors ebenso darstellte wie ihre zunehmende Abstumpfung gegenüber dem Leiden anderer. Damit stellte er sich gegen die vorherrschende Märtyrer-Erzählhaltung. Er bezeugte auch die Ermordung der europäischen Jüdinnen*Juden in Auschwitz, etwa wenn er beschreibt, wie »zwischen zwei Eckbällen« – die politischen Häftlinge durften Fußball in Birkenau spielen – hinter seinem Rücken 3.000 Menschen vergast wurden.⁴

1947 erfolgte die feierliche Eröffnung der Gedenkstätte – nach Majdanek war das die erste NS-Gedenkstätte überhaupt. Beinahe alle Mitarbeiter*innen des Museums in den ersten Jahren waren ehemalige polnische Gefangene. Bald kam es zwischen ihnen und Vertreter*innen der jüdischen Minderheit in Polen zu Konflikten. Die Holocaust-Überlebenden wollten die Erinnerung an Auschwitz als einen Ort des jüdischen Martyriums bewahren. Die polnischen Auschwitz-Häftlinge bestimmten hingegen die Gestaltung der Gedenkstätte und fokussierten auf ihr eigenes Leiden.

Noch vor der Ausstellungseröffnung kam es zum Eklat, als das jüdische Komitee Vertreter*innen nach Auschwitz sandte. Darunter war die ehemalige Gefangene Zofia Rozensztrauch, die vor Ort nicht »ein einziges Wort, eine einzige jüdische Tafel« gefunden hatte, »die vom Leiden und Tod von Millionen Juden zeugen würden.«⁵ Sie beschrieb zudem, dass auf dem Lagergelände Kreuze aufgestellt seien, vor deren Hintergrund auch jüdische Ritualobjekte präsentiert werden. Dies bezeugen auch Aufnahmen aus der Zeit.

Trotz Widerstandes der Museumsleitung gelang es den Mitgliedern des Komitees schließlich eine eigene, wenn auch noch kleine Ausstellung rechtzeitig zur Eröffnung der Gedenkstätte durchzusetzen.

Trotz dieser Konflikte und Marginalisierungsversuche konnte das jüdische Leiden in der polnischen Erinnerungslandschaft bis Ende der 1940er-Jahre noch präsent sein. Zur weitgehenden Tabuisierung des Holocausts kam es in Polen erst um 1950 im Zuge der fortschreitenden Stalinisierung. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Eröffnung einer neuen rein propagandistischen Ausstellung in Auschwitz, während die jüdische Ausstellung geschlossen wurde.

Im Zuge des sich verschärfenden Kalten Kriegs und der Entstehung des Staates Israel wurde die Politik der UdSSR gegenüber der zionistischen Bewegung immer feindlicher, es gab einen manifesten staatlichen Antisemitismus in den Ostblockstaaten, darunter auch in der DDR. Zwar wurde die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung nicht geleugnet, doch immer häufiger marginalisiert und auch ihr exzeptioneller Charakter in Frage gestellt. Das zeigte sich zeitgleich in der DDR, in der die heldenhaften Lagererzählungen der kommunistischen Gefangenen dominierten, etwa in der Gestaltung des 1958 eingeweihten Buchenwald-Mahnmals. Andere Verfolgengruppen wie die Opfer der Shoah wurden hingegen marginalisiert.

Aber auch in Westdeutschland war zu der Zeit der NS-Judenmord und Auschwitz kaum für jemanden ein Begriff. Adorno nannte sie eine Zeit des »kalten und leeren Vergessens.« Während in Polen das Museum Auschwitz eröffnet wurde, wurde im ehemaligen KZ Dachau ein Übergangslager für deutsche Flüchtlinge und Vertriebene eingerichtet. Trotz des Protests einstiger Gefangener wurde die kurz nach Kriegsende im früheren Krematorium eröffnete kleine Ausstellung zur Lagergeschichte 1953 auf Anweisung der Landesregierung geschlossen. Zudem verhinderte der Kalte Krieg Kontakte zwischen Polen und Westdeutschland.

Momentaufnahme II

Im Zuge des Tauwetters nach Stalins Tod konnte sich Polen ein Stück weit international öffnen und damit auch die Erinnerung an Auschwitz. Verschiedene Länderausstellungen wurden durch Überlebendengruppen aus den jeweiligen Staaten gestaltet und 1954 gründete sich das Internationale Auschwitz-Komitee (IAK) als Dachverband verschiedener Überlebendengruppen. Hier dominierten zwar ebenfalls kommunistische Funktionäre, dennoch verfügte es anfänglich über eine gewisse Autonomie und internationale Anerkennung.

1957 schrieb das Komitee einen internationalen Denkmalwettbewerb in Birkenau aus, über 400 Projekte aus der ganzen Welt wurden eingereicht. Unter den ausgezeichneten Entwürfen war das Projekt eines polnischen Künstlerteams um Oskar Hansen. Der Entwurf sah vor, einen breiten Asphaltweg quer durch das Lagergelände vorbei an dem geschlossenen Lagertor zu ziehen. Der Weg sollte das Lager symbolisch durchstreichen. Die Barackenumrisse und die Ruinen der Gaskammern und Krematorien sollten freigehalten und die Überreste des Lagers langsam dem Verfall überlassen werden. So sollte eine Distanz zwischen den Besucher*innen und den historischen Relikten in ihrer Unnachvollziehbarkeit und Vergänglichkeit geschaffen werden.

Der Entwurf war bahnbrechend für seine Zeit und kann mit den viel späteren Projekten von Gegen-Denkmalen verglichen werden. Es ist bemerkenswert, dass bereits Ende der 1950er-Jahre gerade in Polen ein so gänzlich antiheroischer Denkmalsentwurf entwickelt wurde. So radikal wie er war, konnte er jedoch zu seiner Zeit, und könnte er wohl auch heute nicht realisiert werden. Gerade auch vonseiten ehemaliger Häftlinge gab es starken Widerstand, darunter von Seweryna Szmalowska:

»Warum? Die Idee ist zu abstrakt. Wir streichen den Faschismus durch – scheinen die Autoren zu sagen. Wir ziehen einen dicken, schwarzen, diagonalen Strich durch das Lager. Nie wieder Auschwitz! Das eignet sich hervorragend für ein Plakat, eine Illustration oder ein Titelbild. Aber diese Vision, auf das Lagergelände übertragen, als breite, mit Schnee, oder – bei Massenwallfahrten von vielen Tausenden – mit dem lehmigen Auschwitz-Schlamm bedeckte Straße, würde völlig ihre Aussagekraft verlieren.«⁶

Letztlich wurde ein anderer Entwurf ausgewählt. Das IAK konnte jedoch nicht genügend Mittel für den Bau auftreiben. Auch spaltete sich Ende der 1950er-Jahre das Komitee nach inneren Konflikten und die polnischen Behörden übernahmen die Obhut über das Denkmalsprojekt. Sie forcierten eine kommunistische, zugleich stark nationalistische Geschichtsinterpretation: Statt der angedachten abstrakten Skulptur, die einer Gruppe von Menschen unterschiedlichen Alters ähnelte, wurde nun ein Granitblock mit einem eingravierten Häftlingswinkel realisiert. Damit wurden die jüdischen Opfer symbolisch übergangen, da die meisten von ihnen nicht in die Lagerkartei aufgenommen, sondern direkt in den Tod getrieben wurden. Während der Einweihung 1967 wurden die Opfer posthum mit dem Grunwald-Kreuz ausgezeichnet, einer der höchsten Auszeichnungen im kommunistischen Polen. Indem es die Opfer von Auschwitz pauschal als Gefallene im Kampf gegen den Faschismus heroisierte, verwischte es die Identität der größten und auch weiterer Opfergruppen. Aus Protest trat der französische Überlebende Robert Waitz als IAK-Präsident zurück. In der Begründung seines Rücktritts schrieb er:

»Zahlreiche Proteste wurden in der ganzen Welt vorgebracht, denn [in der feierlichen Ansprache zur Denkmalenthüllung – Z.W.] wurde die jüdische Tragödie vom polnischen Premierminister ganz verschwiegen. Als einziger Redner habe ich die Ausmaße des Genozids an den Juden aufgezeigt, den Auschwitz symbolisiert. Selbst auf den an dem Denkmal angebrachten Bronzetafeln taucht das Wort »jüdisch« nicht auf [...]«⁷

Hier erkennt man die gesplante Erinnerung an Auschwitz in Polen, Frankreich, Westdeutschland und anderen Ländern Westeuropas – sowohl innerhalb der Überlebendengruppen als auch gesamtgesellschaftlich. Dies lag auch an zwei Ereignissen, die die Vorstellungen in Westeuropa vom Wesen des Zweiten Weltkrieges sowie von Auschwitz selbst grundlegend veränderten: den Jerusalemer Eichmann-Prozess (1961) und die Frankfurter Auschwitz-Prozesse (1963–1965).

Mit den Frankfurter Auschwitz-Prozessen wurden die zuvor weitgehend abstrakten Vorstellungen in einer größeren Öffentlichkeit deutlich konkreter, gerade in der Bundesrepublik: »Der Ort ist uns nahegerückt«, wie ein Korrespondent in einer Reportage über einen Ortstermin im ehemaligen Lager schrieb.⁸ Für die meisten Deutschen blieb der Ort jedoch weiterhin ein entlegenes Lager irgendwo im Osten. Eine Ausnahme war die evangelische Aktion *Sühnezeichen Friedensdienste*, die seit Mitte der 1960er-Jahre Reisen nach Polen organisierte, darunter nach Auschwitz, bei denen junge Deutsche bei der Instandhaltung der ehemaligen KZ-Gebäude halfen und auch ehemalige polnische Häftlinge trafen.

Momentaufnahme III

Der Fall des Eisernen Vorhangs und die Demokratisierung Polens öffneten den Raum für einen viel breiteren Dialog über die Bedeutung und das richtige Gedenken an Auschwitz, sowohl in Polen selbst als auch international. Bereits 1990 wurde beim Kultusministerium ein Internationaler Beirat eingerichtet. Die Liberalisierung des öffentlichen Lebens und die Öffnung der Grenzen führte jedoch erstmals auch zum ungehemmten Aufeinanderprallen verschiedener Sichtweisen und Sensibilitäten auf Auschwitz.

Bereits wenige Wochen nach den ersten freien Wahlen in Polen 1989 gab es den ersten Konflikt. Schon Mitte der 1980er-Jahre erhielt der Karmeliterorden die Genehmigung zur Gründung eines Klosters in einem ehemaligen SS-Gebäude, das direkt an die Umgebungsmauer von Auschwitz I grenzte. Auch nachdem das Kloster nach Protesten an einen anderen Ort verlegt wurde, hielt der Streit an. 1998 besetzte eine polnisch-nationalistische Gruppe den Hof des ehemaligen Klosters und stellte hier hunderte von Kreuzen auf, wo 1941 eine Gruppe von polnischen Häftlingen erschossen worden war. Aus jüdi-

scher Sicht bedeutete dies eine Christianisierung und Polonisierung von Auschwitz. Zwar distanzieren sich sowohl die polnische Regierung als auch die Kirche, doch erst nach vielen Monaten wurden die Kreuze an einen anderen Ort überführt.

In den folgenden Jahren wurde das Gelände von Auschwitz, vor allem aber das bis dahin vernachlässigte Birkenau für die Besucher*innen besser erschlossen. Hier wurde eine gesonderte, den jüdischen Verfolgten gewidmete Ausstellung eröffnet. Auch viele der nationalen Ausstellungen wurden neugestaltet. Die polnische Ausstellung sowie die Hauptausstellung, die abgesehen von wenigen Eingriffen nach 1989 seit den 1950er-Jahren unverändert blieb, sollen aber erst in diesem und im kommenden Jahr neu eröffnet werden. Anders als zuvor, soll der Begriff »polnisch« nun staatsbürgerlich und nicht mehr ethnisch definiert werden. Die Ausstellung erzählt damit sowohl von den größtenteils als »politisch« eingestuft polnischen Häftlingen, wie auch von den polnischen Jüdinnen*Juden in Auschwitz.

Fazit

Während in den letzten Jahrzehnten Auschwitz zum internationalen Symbol vom Holocaust, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschheit geworden ist, bleiben unterschiedliche Lesarten des Ortes bestehen. Gleichzeitig stehen andere historische Orte des Holocausts weiter im Schatten. Laut Studien sind andere Vernichtungsstätten wie Majdanek, Treblinka, Bełżec, Sobibór oder Chełmno, aber auch KZ in Deutschland weitaus weniger bekannt. In Polen zeigt sich eine ähnliche Tendenz, wenn auch nicht ganz so stark.

Als 1994 ein Wettbewerb für ein Mahnmal für die Ermordeten Juden Europas in Berlin ausgeschrieben wurde, sah der Entwurf von Renata Stih und Frieder Schnock anstatt eines Denkmals auf dem Gelände der ehemaligen Ministergärten die Errichtung einer Bushaltestelle vor, von der aus deutsche und ausländische Touristen*innen an die verschiedenen Gedenkorte des Holocausts in ganz Europa reisen könnten. Unter den Zielen waren nicht nur die NS-Konzentrations- und Vernichtungslager, sondern auch weniger bekannte Ghettos, die vielen verstreuten Orte der Massenerschießungen und die zahlreichen Arbeits- und Sammellager genannt, wie Maly Trostenez, Janowska in Lwiw, Drancy oder Westerbork.

Ähnlich wie der Entwurf von Oskar Hansen für Birkenau hatte auch dieses Projekt kaum Chancen realisiert zu werden. Es zeugt aber von einer neuen Sichtweise auf die Vergangenheit, die sich nicht zuletzt auch Dank des Falls des Eisernen Vorhangs eröffnet hat und die das Verständnis vom Holocaust in seiner geographischen und historischen Dimension weitet

und ändert. Demnach ist Auschwitz nicht der Ort des Holocausts per se, sondern einer der sehr vielen Holocaust-Orte, die fast das gesamte Europa umspannen.

Gleichzeitig ist Auschwitz historisch gesehen, zwar vor allem, aber nicht ausschließlich ein Ort des Genozids an den europäischen Jüdinnen*Juden. Es ist auch ein Ort der Verfolgung, des Leidens und des Sterbens anderer Opfergruppen, der Sinti*zige und Rom*nja, der sowjetischen Kriegsgefangenen, darunter viele*r Ukrainer*innen, der Polinnen*Polen und anderer. Der Gedenkort Auschwitz bietet so eine sehr gute Gelegenheit, die Shoah in einen breiteren historischen Kontext zu stellen, die Verflechtungen zwischen der Verfolgung der verschiedenen Opfergruppen zu zeigen, ohne dadurch die Spezifik des Holocausts infrage zu stellen oder ihn zu relativieren.

Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag vom 21. Januar 2025 an der Topographie des Terrors in Berlin. Mehr zum Thema: Wóycicka, Zofia (2012–2015): Auschwitz. Ein Verbrechen und viele Erinnerungen, in: Hahn, Hans Henning u. a. (Hrsg.): Deutsch-Polnische Erinnerungsorte, Bd. 2, Paderborn, S. 615–640.

Dr. Zofia Wóycicka ist Historikerin und Assistant Professor an der Universität Warschau.

- 1 Reichel, Peter (2001): Auschwitz, in: Schulze, Hagen/François, Etienne (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München, S. 600.
- 2 Umfrage zu Geschichtsunterricht. Vier von zehn Schülern wissen nicht, wofür Auschwitz steht, 28.09.2017, Spiegel Panorama online, <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/auschwitz-vier-von-zehn-schuelern-wissen-nicht-wofuer-es-steht-a-1170423.html> (abgerufen 6.02.2025).
- 3 Centrum Badań Opinii Społecznej, Komunikat z badań (2020): Auschwitz-Birkenau w pamięci zbiorowej – 75 lat po wyzwoleniu, Nr. 2, Warszawa, S. 2f., https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2020/K_012_20.PDF.
- 4 Borowski, Tadeusz (2006): Menschen, die gingen, in: ders.: Bei uns in Auschwitz. Erzählungen, Aus dem Polnischen von Friedrich Griese, Frankfurt am Main 2006.
- 5 Bericht von Zofia Rozensztrauch von ihrem Besuch im ehemaligen Konzentrationalager Auschwitz-Birkenau, 7. Januar 1947, Archiv des Jüdischen Historischen Instituts Warschau, CKŻP, Tow. Krzewienia Sztuk Pięknych, Korespondencja krajowa 1947 r. 61.
- 6 Szmaglewska, Seweryna (1958): Przy okrągłym stole »Życia. Nad oświęcimskim pomnikiem«, in: Życie Warszawy, Nr. 305, 21.–22.12.1958.
- 7 Waitz, Robert (1970), in: Borwicz, Michał/Weinberg, Joseph (Hrsg.): Auschwitz selon Varsovie ou Chambres à gaz déjudaïsées, Paris 1970, S. 19.
- 8 Neumann, Bernd [1966]: Keine Spur mehr von Millionen Füßen, in: ders.: Auschwitz. Bericht über die Strafsache gegen Mulke u.a. vor dem Schwurgericht Frankfurt, zit. nach: Auschwitz-Prozess 4Ks 2/63, hrsg. von Wojak, Irmlud, Frankfurt am Main 2004, S. 770.

80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz – in Erinnerung an Marian Turcki

Judith Hoehne-Krawczyk

27. Januar 2025

Langsam schreitet Marian Turcki den langen Weg zum Rednerpult, das direkt vor dem Waggon steht – dem Symbol der diesjährigen Gedenkzeremonie. Er wird die anwesenden Staatsdelegationen und Gäste im Namen der Überlebenden von Auschwitz begrüßen. Er setzt an zu reden, er ist deutlich von Krankheit gezeichnet. Die ersten Worte kommen stockend, seine Stimme ist brüchig. Doch dann – wie immer – findet er zurück zu seiner gewohnten Kraft: klar, bestimmt, eindringlich.

Er ruft uns auf, keine Angst zu haben. Mut zu zeigen. Uns gegen Verschwörungstheorien und Antisemitismus zu stellen. Gleichzeitig schenkt er uns Hoffnung. Er ist überzeugt – und will uns überzeugen –, dass es Lösungen selbst für schwerste Konflikte geben kann. Dann nämlich, wenn beide Seiten zum Kompromiss bereit sind, weil sie sich ein friedliches und sicheres Leben für ihre Kinder, Enkel*innen und zukünftige Generationen wünschen.

Mir bleibt aber besonders dieser Teil der Rede in Erinnerung:

»Es ist verständlich, dass die Menschen und auch die Medien sich an uns wenden als diejenigen, die wir überlebt haben: Damit wir Auskunft geben und unsere Erinnerungen teilen können. Aber wir, die Überlebenden, waren doch immer eine winzige Minderheit. Wir, die wir damals die Selektionen überstanden haben, waren nur sehr wenige. Und diejenigen, die wieder die Freiheit erleben konnten, das war doch wirklich nur eine Handvoll von uns. Und jetzt sind nur noch ganz wenige von uns geblieben.«

Seine Worte klingen für mich wie ein Abschied.

5. Dezember 2011

Meine Verabschiedung an der *Internationalen Jugend- und Begegnungsstätte (IJS)* steht bevor. Nach drei Monaten Praktikum weiß ich an diesem Tag noch nicht, dass ich im Januar 2012 hier meine Arbeit als Leiterin der ASF-Projekte in der Bildungs- und Programmabteilung beginnen werde. Eine meiner Aufgaben während des Praktikums war die Korrektur der deutschsprachigen Fassung von Marian Turckis Erzählung »Mein glücklichster Tag«¹. Wir stehen beisammen, als plötzlich die Tür aufgeht – und Marian Turcki eintritt. Er hat von unserer kleinen Zusammenkunft gehört und wollte persönlich vorbeikommen, um sich für meine Arbeit zu bedanken. In der Hand hält er sein Buch, das er für mich mit einer persönlichen Widmung versehen hat. Ich bin wie erstarrt. Er ist so freundlich, so unbefangen. Dieser Moment bestärkt mich: Ich will in diesem Bereich weiterarbeiten.

27. Januar 2020

»Auschwitz ist nicht vom Himmel gefallen!« und »Du sollst nicht gleichgültig sein!« – weltweit werden diese Worte von Marian Turcki zitiert. Er sprach sie in seiner Rede anlässlich des 75. Jahrestags der Befreiung von Auschwitz.²

Für meine Kolleginnen und mich war sofort klar: Diese Rede muss Teil unserer Bildungsarbeit werden. Seitdem arbeiten wir mit ihr, verknüpfen sie mit der »Pyramide des Hasses« von Gordon Allport. Turcki beschrieb eindringlich, dass der Weg nach Auschwitz ein schleichender Prozess war: »Auschwitz trippelte, machte kleine Schrittschritte, kam näher, bis das geschah, was hier geschehen ist.«

Die »Pyramide des Hasses« zeigt, wie sich Vorurteile bis hin zum Völkermord steigern können. Sie beginnt mit Hassrede, gefolgt von sozialer Ausgrenzung. Darauf folgt Diskriminierung auch staatlicherseits, die Betroffene systematisch benachteiligt. Die nächste Stufe ist physische Gewalt – Übergriffe, Zerstörung. An der Spitze steht schließlich der Völkermord: die systematische Vernichtung einer Gruppe. Die Pyramide zeigt, dass Hassrede der erste Schritt auf dem Weg zu tödlicher Gewalt sein kann, wenn ihr nicht frühzeitig entgegengewirkt wird.

Genau das betonte Marian Turcki im zweiten Teil seiner Rede. Sein Appell war unmissverständlich: »Du sollst nicht gleichgültig sein!« – ein Aufruf an uns alle, aktiv zu werden, selbst bei den kleinsten Warnzeichen. Marian Turcki war ein aufmerksamer Beobachter seiner Zeit. Und er warnte uns eindringlich davor, wohin Gleichgültigkeit führen kann: »Denn wenn du gleichgültig sein wirst, so wird – ehe du dich versiehst – auf euch, auf eure Nachfahren plötzlich irgendein Auschwitz vom Himmel fallen.«

18. Februar 2025

Ich leite einen Workshop mit einer Gruppe Jugendlicher in der *IJBS*. Wir sprechen darüber, warum die Auseinandersetzung mit Auschwitz auch heute noch so wichtig ist. Die Jugendlichen erzählen, dass sie das Video von Marian Turckis Rede bereits gesehen haben. Sie teilen seine Sorgen. Sie spüren, dass Auschwitz nicht fern und nicht lange her ist. Und sie nehmen seinen Auftrag ernst.

Erst nach dem Workshop erfahre ich, dass Marian Turcki an diesem Tag verstorben ist.

Am nächsten Tag erzähle ich es den Jugendlichen. Sie sind tief erschüttert. Zum Abschied gebe ich ihnen noch einmal seine Worte mit auf den Weg: »Wir geben unsere Erinnerungen, unsere Worte und unsere Stimme weiter. Unsere Tage, die der Überlebenden, sind gezählt. Aber wir werden nicht verstummen – wenn Sie, Sie alle, nicht schweigen!«

Für mich persönlich markierte der 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz das Ende einer Ära. Es war der letzte öffentliche Auftritt von Marian Turcki, das letzte Mal, dass er uns seine Worte mit auf den Weg gab.

Nur selten traf er sich mit Gruppen, um über seine eigene Geschichte zu sprechen. Er hielt Vorträge und Reden auf Konferenzen und bei Gedenkveranstaltungen, sprach bei Besuchen hochrangiger Politiker*innen in der *IJBS*. Wenn er über sich selbst sprach, erwähnte er seine Erlebnisse im Lager nur episodenhaft und ordnete sie häufig – mit dem Abstand eines Historikers – in größere historische Zusammenhänge ein.

Seine Reden waren nie nur rückblickend, sondern hatten immer eine starke Verbindung zur Gegenwart. Er zog Parallelen zwischen den Mechanismen, die zu Auschwitz führten, und aktuellen gesellschaftlichen Problemen, wie dem Erstarken von Antisemitismus. Seine Reden riefen dazu auf, aktiv zu handeln, Verantwortung zu übernehmen und aus der Geschichte zu lernen. So wollte Marian Turcki trotz seiner Krankheit noch einmal bei der Gedenkveranstaltung in Auschwitz sprechen, weil es ihm ein tiefes Anliegen war, seine Botschaft weiterzugeben. Für ihn war Erinnerung keine bloße Rückschau, sondern eine Verpflichtung für die Zukunft.

Er war eine Autorität für mein Handeln, eine prägende Stimme in meinem beruflichen Leben. Ich bin dankbar für das Vermächtnis, das er hinterlassen hat. Sein Auftrag bleibt und ich werde seine Botschaft weitertragen.

Marian Turcki wurde am 26. Juni 1926 in Druskininkai (heute Litauen) als Mosze Turbowicz geboren. Er wuchs in Łódź auf und wurde 1942 zwangsweise in das Ghetto Litzmannstadt umgesiedelt, wo er bis zur Liquidierung im August 1944 blieb. Anschließend wurde er nach Auschwitz deportiert. 1945 überlebte er den Todesmarsch ins Lager Buchenwald und weiter nach Theresienstadt, wo er schließlich die Befreiung erlebte.

Nach dem Krieg arbeitete Turcki als Historiker und Journalist. Ab 1958 war er für die Wochenzeitung »Polityka« tätig, wo er bis zu seinem Tod den Geschichtsteil leitete. Gleichzeitig widmete er sich mit unermüdlichem Engagement der Erinnerungsarbeit: Er war Vorsitzender des Vereins des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau, Mitglied des Internationalen Auschwitz-Rates, des Beirats des Trägervereins des Hauses der Wannsee-Konferenz sowie des Rates des Museums für die Geschichte der polnischen Juden (POLIN). Zudem war er Präsident des Internationalen Auschwitz Komitees.

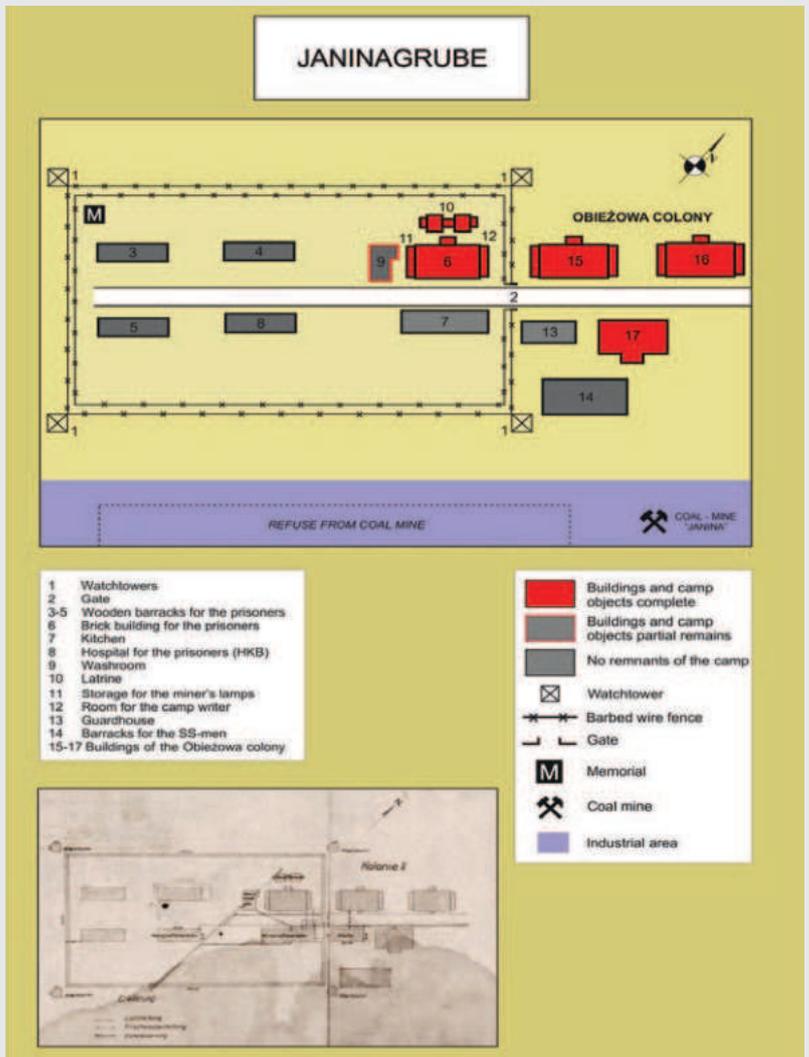
Marian Turcki starb am 18. Februar 2025 im Alter von 98 Jahren in Warschau.

Judith Hoehne-Krawczyk ist als ASF-Mitarbeiterin stellvertretende Leiterin der Bildungs- und Programmabteilung in der *Internationalen Jugendbegegnungsstätte (IJBS)* in Oświęcim.

- 1 In seiner Erzählung »Mein glücklichster Tag« beschreibt Turcki den Tag seiner Ankunft in Auschwitz-Birkenau. Er berichtet vom Transport dorthin, vom Weg zur »Sauna« – einem Gebäude, das in seiner Wahrnehmung ebenso gut eine Gaskammer hätte sein können und von der unvorstellbaren Todesangst. Er wusste durch heimlich gehörte BBC-Radiosendungen genau, was ihn an diesem Ort erwarten würde. Doch dann, als er sich als Häftling im Lager wiederfand, verspürte er ein unerwartetes Glücksgefühl: den Moment, in dem er erkannte, dass er – »zumindest vorläufig – das Los des Lebens gezogen hatte«.
- 2 Die gesamte Rede im Wortlaut wurde im Zeichen 1/2020 »75 Jahre Krieger« abgedruckt.

Janinagrube

Das Arbeitslager wurde neben dem Steinkohlebergwerk Libiąż Mały, Polen errichtet. Zunächst britische Kriegsgefangene und später überwiegend jüdische KZ-Häftlinge mussten unter Tage Kohle abbauen. Meist überlebten sie die elenden Bedingungen nicht länger als vier Wochen. Ende 1944 wurden die nicht-jüdischen Gefangenen per Zug deportiert. Die verbliebenen Gefangenen mussten am 17. Januar 1945 auf einen Todesmarsch in Richtung des KZ Groß-Rosen, nach 18 Tagen überlebte nur ein Viertel von ihnen. 60 Gefangene, die marschunfähig waren, wurden am 25. Januar befreit. Seit 1965 erinnert ein Gedenkstein an die Opfer.



Gedenkstein (links oben). Blick auf das Bergwerk, das immer noch in Betrieb ist (links unten). Frühere Schreibstube, die heute als Geschäft genutzt wird (rechts oben). Mauerwerk der Latrinen (rechts unten).



Im Dilemma der Gleichzeitigkeit

Hannah Schmidt

Es ist der 23. Januar 2025 und ich bin auf dem Weg zum Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages in Berlin. Mit dabei sind Carleen, Uliana und Karlo: drei ehemalige beziehungsweise aktuelle Freiwillige von ASF. Wir sind Teil der Jugendbegegnung des Deutschen Bundestages, die anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktags jährlich stattfindet. In sechs Tagen werden wir uns sowohl in Berlin als auch im polnischen Oświęcim mit dem Thema »Der 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz« beschäftigen.

Angekommen im Paul-Löbe-Haus bin ich plötzlich Teil einer lebhaften, großen Gruppe. Nach Kaffee und Programmvorstellung werden wir in Kleingruppen eingeteilt, die unsere Reflektionsorte der nächsten Tage sein werden – ein schöner Gedanke. Am nächsten Tag geht es von Berlin nach Oświęcim. Hier, in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte (IJB), werden wir die nächsten Tage verbringen. Noch am selben Abend sitzen wir zusammen. Wir sprechen über den anstehenden Besuch der Mahn- und Gedenkstätten Auschwitz. Welche Bilder haben wir im Kopf? Was müssen wir wissen und was glauben wir schon zu kennen? Wie viel Inszenierung steckt in dem Ort? Welche Menschen werden Erwähnung finden und welche, mal wieder, nicht?

Auschwitz: Die perfekte Inszenierung am Ort der Stille

Es ist frühlingshaft, warm als wir im ehemaligen Stammlager I ankommen. Das erste, was ich sehe, nachdem wir Reisebuskolonnen und flughafenähnliche Sicherheitskontrollen durchquert haben, ist das bekannte Lager-Tor mit der Inschrift »Arbeit macht frei«. Davor steht ein Kamerateam. Ist der Ort also tatsächlich so performativ aufgeladen wie befürchtet? In sechs Stunden Führung durch beide Gedenkort sehen wir all das, was in Büchern, Vorträgen und Filmen so oft beschrieben wird: die unüberschaubare Größe der Orte, Überreste des industrialisierten Mordens, Absurditäten der Planbarkeit und anonymisierte Opfer. Wie auf einer Bühne begleitet uns das Kamerateam – jeder traurige Blick, jedes langsame Laufen, jedes entsetzte »oh« wird aufgefangen. Es bleibt wenig Zeit, um mit dem Ort vertraut zu werden; wenig Raum, um Menschen nahe

zu kommen. Was mir in Erinnerung bleiben wird, ist die absolute, fast schon gruselige Stille und das gleichzeitige monotone Geräusch laufender Menschenmassen.

Gerhard Richter bekommt, Marian Kołodziej fordert ein und Stefania Wernik gibt mit

Am nächsten Tag besuchen wir zwei Kunstausstellungen, die unterschiedlicher nicht sein können. Seit 2024 befindet sich auf dem Gelände der IJBs der »Gerhard-Richter-Pavillon«, in dem Drucke des »Birkenau-Zyklus« ausgestellt werden. Richter verarbeitet darin einzigartige Fotografien, die die Ermordung jüdischer Menschen in Birkenau zeigen und von Häftlingen des Sonderkommandos heimlich und unter Lebensgefahr aufgenommen wurden. Was auffällt: Während die historischen Fotografien klein in den Ecken hängen, werden Richters Gemälde präsent im hellen, fast schon sakral wirkenden Raum gezeigt. Heruntergebrochen bedeutet das: Ein deutscher Künstler bekommt eine Bühne für seine bereits erfolgreiche Kunst, während andere Menschen, Gruppen und Opferverbände seit Jahrzehnten vergeblich um ebendiese Räume kämpfen. Diese Ausstellung werde ich noch oft als Beispiel für Erinnerungskultur heranziehen.

Ganz anders wirkt die Ausstellung im nahe gelegenen Kloster Harmęże. Marian Kołodziej, der selbst in Birkenau interniert war, verarbeitet hier seine Erinnerungen. Wie in Ektase sind unfassbar detaillierte Werke entstanden. Während wir durch den Keller laufen, in dem sie ausgestellt sind, schauen uns Zeichnungen hunderter Augen, toter Körper und so viel mitgetragener Schmerz an. Es wirkt fast so, als würde Kołodziej uns zurufen: »Seht bitte hin! Das hier ist echt!«

Am gleichen Tag kommen wir für ein Zeitzeugengespräch mit Stefania Wernik zusammen, die in Auschwitz-Birkenau geboren und Opfer medizinischer Experimente im Lager wurde. Mit ihrer Stimme, ihrer Lebensgeschichte wird die anonyme Masse an Zahlen von Verfolgten greifbarer. Sie erzählt von ihrem Leben nach Auschwitz, den Schwierigkeiten und der Last, die diese Zeit auf sie gelegt hat. Ich versuche mir all das einzuprägen und nehme mir vor, von ihrer Geschichte zu erzählen.



Im Gerhard-Richter-Pavillon, Internationale Jugendbegegnungsstätte Oświęcim

Instagram-Posts gegen den Rechtsruck und eine angestrahlte Gedenkfeier

Auch den 27. Januar, den internationalen Holocaust-Gedenktag, verbringen wir in Oświęcim. In einer Podiumsdiskussion mit Petra Pau, Bundestagsvizepräsidentin, und Christoph Heubner, Exekutiv-Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees, sprechen wir vor allem über die Gegenwart. Welchen Gefahren ist die deutsche Erinnerungskultur ausgesetzt? Was muss politisch passieren, um jüdisches Leben zu schützen? Wie kann Erinnerungskultur darauf eingehen? Interessant ist: In Gesprächen über sich verändernde politische Verhältnisse und die Frage nach Gefahren wird die Verantwortung schnell, zu schnell, auf die Seite der jungen Generation gelegt. Wir sollten mehr Präsenz auf Social Media zeigen, wir sollten uns mehr engagieren, wir sollten lauter sein. Dass auch eine laute junge Generation den Algorithmen der sozialen Netzwerke machtlos gegenübersteht, und dass selbst eine laute und junge Generation politischen Schutz und Unterstützung braucht, um weiter arbeiten zu können, wird ignoriert. Das tut weh, das fühlt sich nach Alleingelassensein an.

Am Nachmittag versammeln wir uns wieder in der IJBS, um die Übertragung der Gedenkveranstaltung zu verfolgen. Zu wissen, dass dies die letzte große Veranstaltung sein wird, an der Überlebende teilnehmen werden, macht nachdenklich, dieselben Menschen mit den Tränen kämpfend zu sehen, macht traurig, ihre Appelle zu hören, macht Mut. Und gleichzeitig nimmt das Performative, Showmäßige der Erinnerung auch hier seinen Lauf, wenn das Tor Auschwitz-Birkenau disney-artig in blauen und pinken Farben angestrahlt wird, das Festzelt eher an Messe statt an Gedenken erinnert und die ARD eine Veranstaltung des Trauerns und Gedenkens kommentiert, als wäre es ein Fußballspiel. Die Inszenierung ist (fast) perfekt.

Identifikationsprobleme im Paul-Löbe-Haus

Als wir am nächsten Tag wieder in Berlin ankommen, bin ich irgendetwas zwischen aufgebracht und aufgeregt. Der Tag endet mit einer Ausstellungseröffnung im Paul-Löbe-Haus. Die Künstlerin Monika Mendat setzt sich in ihren Werken mit Fotografien von Häftlingen auseinander, die im Lagerkontext durch Täter entstanden sind. In ihrer Spiegelung soll sich der*die Betrachter*in mit den Personen identifizieren können. Ein interessantes Problem kommt auf: Menschen sollen sich identifizieren können, um Leid, Schmerz und Tod nachvollziehen zu können. Um, ja, was? Empathie, Mitgefühl und Schuld-bewusstsein entwickeln zu können? Aber warum? Wir müssen endlich lernen mitzufühlen, nachzuvollziehen und unsere Stimme erheben zu können für Menschen und Geschichten, die wir eben gerade nicht nachvollziehen können, die gerade nicht mit unserer übereinstimmt, deren Leid wir uns nicht vorstellen können.

Wir erinnern! oder: Erinnert endlich!

Der letzte Tag wird im Programm als großer Abschluss, als Highlight, angekündigt. Und, ohne Frage, das ist er auf jeden Fall. Aber gleichzeitig ist er das Gegenteil.

An dem Tag, dem 29. Januar 2025, wird der Bundestag in einer Gedenkstunde dem 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz gedenken. Roman Schwarzman, der als Kind in der Ukraine den Holocaust überlebte und heute mit 88 Jahren in Odesa für andere NS-Verfolgte, unter anderem mit ASF, Hilfslieferungen organisiert, wird vor die deutschen Politiker*innen treten und sprechen. Wenige Stunden später wird die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag zur Migrationspolitik mit Hilfe der AfD durchbringen und damit die Brandmauer auf Bundesebene einstürzen. Und wir



Roman Schwarzman nach seiner Gedenkrede im Deutschen Bundestag

werden Teil davon sein: Wir werden auf den blauen Stühlen des Plenarsaals sitzen, während Roman Schwarzman Deutschland um die Unterstützung vor dem Angriffskrieg Russlands auf sein Land bittet. Und wir werden durch das Reichstagsgebäude laufen, während Friedrich Merz die Stimmen Rechtsextremer lächelnd annimmt. Aber ich greife vor.

Für uns beginnt der Tag mit der Vorbereitung einer Podiumsdiskussion, die wir im Anschluss an die Gedenkstunde mit Roman Schwarzman sowie der CDU-Abgeordneten und -Vizepräsidentin des Bundestages, Yvonne Magwas, haben werden. Unsere Gespräche drehen sich vor allem um den erwähnten Antrag der Unionsfraktion. Es geht nicht, oder zumindest sehr viel weniger, um Roman Schwarzman und die Gedenkveranstaltung. Und darin liegt eine Tragik: Während wir uns auf das Treffen mit einem Menschen vorbereiten, der den Holocaust überlebt hat, diskutieren wir über den deutschen Rechtsruck. Diese Gleichzeitigkeit ist ein Desaster.

Als wir den Plenarsaal betreten, wirkt alles wie in einem Film, fast schon einstudiert. Mal wieder befinden wir uns auf dieser imaginären Bühne: ernst gucken, hinsetzen, Programmheft nehmen, aufstehen, zuhören, lächeln. Es ist eine ergreifende Veranstaltung. Und trotzdem kann ich mich nur schwer konzentrieren. Der kommende Unions-Antrag schwebt über uns und lässt sich nicht vereinen mit den Eindrücken, Gesprächen und Schlüssen aus den letzten Tagen. Im Augenwinkel sehe ich die AfD-Abgeordneten hämisch grinsen. Nach einer Stunde ist das Gedenken vorbei. Wie in Trance werden wir aus dem Saal gebeten und nach draußen geleitet. Es wirkt fast ironisch, als ich die Drucke des »Birkenau-Zyklus« im Eingangsbereich

des Bundestages sehe. Vor dem Gebäude stellen wir uns auf, Roman Schwarzman, Bärbel Bas, Frank-Walter Steinmeier und Yvonne Magwas kommen, wir versuchen so etwas wie zu lächeln, es werden Fotos gemacht und wir gehen. Es ist der Höhepunkt der Inszenierung.

Alles, was von dieser Gedenkveranstaltung bleiben wird, ist ein Bild mit einem übergroßen #WeRemember-Schriftzug, auf dem müde junge Menschen und fröhlich schauende Politiker*innen zusammenstehen und zu rufen scheinen: »Wir erinnern!« oder: »Erinnert endlich!«

Kurze Zeit später finden wir uns im Podiumsgespräch mit Roman Schwarzman und Yvonne Magwas wieder. Es geht um die Lebensgeschichte Schwarzmans. Seine Stimme bricht, als er davon berichtet, wie schwierig es für ihn ist, hier zu sein. Wir fragen ihn nach seinen Erinnerungen, er mahnt uns darauf zu achten, welche Beschlüsse unterschrieben werden (was für eine riesengroße Ironie in diesem Moment), und belehrt uns immer weiter zu kämpfen – wir seien so schön und schlau und die Zukunft. Auch Yvonne Magwas beantwortet unsere Fragen. Natürlich geht es um den erwähnten Unions-Antrag, den politischen Schutz von Erinnerungsarbeit und den offensichtlichen Rechtsruck in Deutschland. Und wieder einmal werden wir von einer Politikerin ermahnt, uns mehr zu engagieren, und wieder einmal gibt es keine konkreten Antworten auf die Frage, wie wir in unserer Arbeit unterstützt werden können. Auch Yvonne Magwas habe Bauchschmerzen mit Blick auf die aktuelle Lage. In mir zieht sich alles zusammen. Als wir den Raum verlassen, ist die Brandmauer gefallen.

Was bleibt? Wir.

Nach der Podiumsdiskussion sitzen wir noch zusammen. Wie sollen wir jetzt weitermachen? Eine Person meldet sich und sagt: »Wenn Roman Schwarzman es schafft hoffnungsvoll zu sein, dann müssen wir das auch schaffen. Wir müssen einfach.« Dieser Satz wird noch lange in mir nachwirken. Der Tag endet und damit auch die Jugendbegegnung. Was bleibt, sind Fragen, viel Wut, irgendwo Hoffnung, großartige Kontakte und bald, ganz bestimmt, auch wieder Kraft.

Dieser Kampf – für eine gerechte Erinnerungskultur, für ein tatsächliches Gedenken, für faire Raumverteilungen, für aufmerksames Zuhören, für Empathie auch ohne Identifikation – für jene Menschen, die uns heute so oft als anonymisierte Masse begegnen, muss weitergehen. Wir haben keine andere Wahl.

Hannah Schmidt ist studentische Mitarbeiterin im ASF-Öffentlichkeitsreferat und war 2020–2021 ASF-Freiwillige bei Yahad-In Unum in Paris.

Jetzt erst recht erinnern

Luisa Frieden

In den letzten Monaten habe ich mit mehr als 20 deutschen Gruppen gearbeitet: vor allem Schulklassen, aber auch Studierende und einige Erwachsenengruppen. Die Gruppen verbringen meist zwischen zwei und drei Tagen an der Gedenkstätte Majdanek, während der ich sie begleite. Dazu gehört eine ausführliche, knapp vierstündige Führung über das Gelände des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers sowie Workshops zu spezifischen Themen wie Täter*innen-Biografien, einem Häftlingstagebuch oder der »Aktion Reinhardt«.

Die Arbeit erfüllt mich sehr, das Gefühl Wissen weiterzugeben hat fast etwas Berauschendes an sich. Es gab aber auch Momente, wie nach den Europa- und Kommunalwahlen, wo ich mich fragte: »Ist es vielleicht schon zu spät?«. Ich bin zum Schluss gekommen, dass die Wahlen eher ein Aufruf dazu sein sollten, sich noch mehr in der historischen Bildungsarbeit zu engagieren. Bei meiner Arbeit in der Gedenkstätte bin ich jeden Tag mit grausamen Schicksalen von Unschuldigen konfrontiert, was mich emotional teilweise sehr mitnimmt. Durch den Austausch mit meinem österreichischen Mitfreiwilligen schaffe ich es jedoch, dass mich das nicht zu sehr belastet.

Seit April gebe ich auch historische Stadtführungen in Lublin mit Fokus auf der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg, aber auch zum jüdischen Leben der Stadt. Anfangs fühlte ich mich

damit überfordert. Immerhin hatte ich zu diesem Zeitpunkt erst sieben Monate hier gelebt, verlor ab und zu selbst noch die Orientierung und fühlte mich auf dem Gebiet der Stadthistorie noch unsicher. Trotzdem wollte ich mich dieser Herausforderung stellen, denn mir ist wichtig, dass Lublin nicht auf seine grausame Funktion im Nationalsozialismus reduziert wird. Besucher*innen sollten nicht mit dem Eindruck gehen, dass Lublin ausschließlich ein Zentrum der NS-Massenvernichtung und -ausbeutung von zum großen Teil jüdischen Menschen war, sondern auch Wissen über die ehemals große jüdische Gemeinde gewinnen. Diese hatte ihre Anfänge bereits im 14. Jahrhundert und wurde vor allem durch ihre Jeschiwa (jüdische Hochschule) weltweit bekannt.

Nachdem ich mich schon in die Geschichte von KZ und Gedenkstätte vertieft hatte, begann also eine weitere Phase des Bücherwälzens, Führungskonzeptschreibens und -auswendiglernens. Diese Zeit war fordernd, doch ich fühle mich der Stadt jetzt noch mehr verbunden.

Trotz des modernen jungen Stadtbildes mit viele Studierenden fühlt man sich in Lublin der Geschichte sehr nah. Es gibt zahlreiche Spuren in die Vergangenheit wie der Personalunion zwischen Polen und Litauen oder auch NS-Bauten. Der große Einfluss des Katholizismus mit vielen Kirchen ist allgegenwärtig spürbar. Nach den Spuren der einst größten

jüdischen Gemeinde der Welt muss man jedoch suchen. Das ehemalige jüdische Viertel und spätere Ghetto wurde von den Nazis komplett zerstört. Die Grabsteine der jüdischen Friedhöfe wurden missbraucht als Straßenbelag oder zum Häuserbau.

Mein wöchentlicher Lieblingstag ist der Mittwoch, an dem sich Holocaust-Überlebende in der Gedenkstätte treffen. Sie sind zwischen 82 und 87 Jahren alt. Die meisten waren mit ihren Familien als politische Häftlinge in Majdanek inhaftiert, andere haben hingegen keine direkte Verbindung zum Lager. Eine von ihnen wurde in Auschwitz-Birkenau geboren, ein anderer verbrachte die ersten Jahre seines Lebens im Kinder-KZ Litzmannstadt (heute Łódź). Ich schätze die Zeit mit ihnen sehr. Ich und mein Mitfreiwilliger kochen Kaffee und wir essen dann gemeinsam Kuchen. Mit der Zeit hat sich ein enges Verhältnis und eine entspannte Atmosphäre entwickelt. In einem Moment entflammt eine politische Diskussion und im nächsten werden Rezepte ausgetauscht. Wir beteiligen uns, soweit es die Sprachbarriere erlaubt oder lachen einfach mit, wenn gleich wir nichts verstanden haben.

Luisa Frieden war 2023–2024 ASF-Freiwillige in der Gedenkstätte Majdanek in Lublin, Polen. Ihr Dienst fand im Rahmen des Internationalen Jugendfreiwilligendienst (IJFD) statt und wurde von der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen gefördert.



Maya aus Schloß Holte-Stukenbrock wird sich ab September im Jüdischen Museum Belgien in Brüssel engagieren.

Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



Eine Aufgabe, die mich nicht kaltlässt, sondern bewegt

Lilia Weber über eine Vergangenheit, die in der Gedenkstätte Kamp Amersfoort sehr gegenwärtig ist und viele Menschen verbindet

Ich trat aus den Bahnhofstüren und stand unter den riesigen Leuchtbuchstaben »Amersfoort Centraal«. Ich wurde bereits erwartet, von Corinna, meiner Kollegin, die gleichzeitig auch meine Mentorin für das kommende Jahr sein würde. Sie brachte mich in meine Unterkunft und erzählte mir auf dem Weg davon, was an meinen ersten Arbeitstagen so auf mich zukommen würde im Nationaal Monument Kamp Amersfoort (NMKA).

Nach dem deutschen Überfall auf die Niederlande wurden hier Barackengebäude der SS unterstellt, die sie zu einem KZ umbaute. Ab 1941 inhaftierte man vor allem politische Gefangene, aber auch jüdische Häftlinge sowie als »asozial« Verfolgte und sowjetische Kriegsgefangene. Sie mussten Zwangsarbeit leisten. Ab 1943 wurden von hier auch junge Niederländer festgehalten, um sie nach Deutschland zur Zwangsarbeit zu verteilen. Mindestens 662 Häftlinge starben aufgrund der desolaten Lebensbedingungen, 383 von ihnen wur-

den hingerichtet. Die SS-Wachmannschaften flüchteten am 20. April 1945 – da waren noch rund 300 Häftlinge im Lager. Insgesamt wurden hier rund 47.000 Menschen inhaftiert.

*Nach Kriegsende diente ein Teil des Lagers, um die zurückgekehrten ehemaligen Häftlinge und Zwangsarbeiter*innen aufzunehmen, in einem anderen Teil wurden Kollaborateure interniert. Danach nutzten wieder niederländisches Militär und Polizei die Gebäude. Schon früh forderten Überlebende einen Gedenkort, der 1953 am Erschießungsstand errichtet wurde. Erst ab 2004 wurde eine Gedenkstätte gebaut. So gibt es hier seit 2021 mit dem NMKA ein modernes Museum, das für alle Generationen ausgerichtet ist.*

Mir ist schnell aufgefallen, dass meine Kolleg*innen in ihren demokratischen und pluralistischen Werten und Menschenbildern sehr ähnlich gesinnt sind wie ich – eine unerlässliche Voraussetzung, um

an einer Gedenkstätte eines ehemaligen Konzentrationslagers arbeiten zu können. Wir sind um die zehn Festangestellte sowie rund 140 Freiwillige, die aus der Gegend kommen, meistens schon pensioniert sind und im Museumscafé, der Ausstellung oder als Guide (»Gids«) arbeiten. Ich erinnere mich noch sehr gut an meine ersten Tage hier. Etwas überfordert und unsicher, vor allem wegen der neuen Sprache, stellte ich mich zaghaft allen vor. Doch meine Ängste waren völlig unbegründet: Ausnahmslos alle Freiwilligen, mit denen ich hier arbeite, sind nicht nur sehr freundlich, sondern auch offen und hilfsbereit zu mir.

Die Vergangenheit lässt sich nicht von der Gegenwart trennen

Ein Erlebnis führte mir besonders vor Augen, wie bedeutsam unsere Arbeit ist und wie wenig die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit von unserer Gegenwart zu trennen ist. An einem ge-



Frida-Lotte aus Nienburg ist ab September Freiwillige im Institut Culturel du Judaïsme in Lyon.

Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften





Die Gedenkstätte Kamp Amersfoort.

wöhnlichen Nachmittag im Museum stieß ich im Büro auf meine Kolleg*innen und mitten unter ihnen einen alten Mann, der alle Aufmerksamkeit auf sich zog und mit gebrochener Stimme sprach. Alle waren sehr gerührt. Zunächst verstand ich nichts. Worte wie »auf der Suche« und »meine Mutter« drangen zu mir durch, doch ich blieb verwirrt, bis mein Kollege mir auf einen Zettel schrieb: »Tom dankt uns dafür, dass wir halfen, seine Identität nach 80 Jahren zu finden.« Mit einem Mal verstand ich jedes Wort und mit jedem zitternden Satz, den Tom zustande brachte, traten mir Tränen in die Augen.

1943 wurde er mitten im Krieg geboren und von einem Ehepaar aufgezogen. Er wusste nur, dass er adoptiert sei und sein leiblicher Vater wohl ein SS-Mann im Krieg gewesen war. Erst nach 78 Jahren traute sich Tom verzweifelt nach seiner wahren Identität zu forschen. Unser Fachhistoriker half ihm dabei, innerhalb von zwei Jahren seine Identität zu klären: Tom musste herausfinden, dass seine Mutter eine Prostituierte aus Amsterdam gewesen war, die ein flüchtiges Verhältnis mit seinem Vater, dem SS-Mann, hatte. Nach Toms Geburt ließ seine leibliche Mutter ihn zurück im Krankenhaus und er kam in die Familie, die ihn dann adop-

tierte. Etwas an der Geschichte dieses heute 80-Jährigen berührte mich zutiefst. Ein Mann, der von seiner Erscheinung auch mein Opa sein könnte, wurde vor unseren Augen zu einem kleinen Jungen, der verzweifelt versucht, seine Mutter wiederzufinden. 80 Jahre lang nicht zu wissen, wer man ist, nur um dann herauszufinden, dass man der Sohn eines Nazis ist und einer Prostituierten, die einen zurückgelassen hatte, als man gerade mal ein paar Stunden alt war. So hart diese späte Entdeckung war, half diese Klärung auch Tom. Kurz darauf fachsimpelte er schon mit unserem Team über die Details der langen Recherchen.

Auge in Auge

Im Wald vor dem Museum erstreckt sich das weitläufige Außengelände des Lagers, mit Mahnmalen, historischen Überresten und nachkonstruierten historischen Komponenten. Am Rand liegt eine Lichtung mit 18 lebensgroßen Portraits von alten Menschen, darunter jeweils eine vielstellige Nummer eingestanz. Diese Menschen kehrten 2019 für das Projekt »Oog in Oog« (»Auge in Auge«) zurück an den Ort, an dem sie schreckliche Dinge erlebt hatten. Sie wurden interviewt und fotografiert. In meinem

Freiwilligenjahr werde ich für jede Person einen biographischen Text schreiben, der später Besucher*innen, aber auch Spaziergänger*innen über QR-Codes diese Lebenswege zugänglich macht. Foppe Dupon war die erste Person, über die ich recherchiert und einen Text geschrieben habe. Das war spannend, aber auch herausfordernd. Ich merkte, wie nah einem das Leid eines Menschen gehen kann, wenn man sich so intensiv damit auseinandersetzt. Foppe war 21, als er von den Nazis festgenommen und nach Kamp Amersfoort gebracht wurde. Er war nur zwei Jahre älter als ich heute. Auch wenn diese Aufgabe mir oft nahegeht, schreckt mich das nicht ab. Ich hatte mir erhofft, eine Aufgabe zu finden, die mich nicht kaltlässt und monoton ist, sondern die mich bewegt, zu Demut und Dankbarkeit anregt und mir die Möglichkeit gibt, einen kleinen, aber bedeutenden Beitrag zum Guten zu leisten.

Lilia Weber leistet seit September 2024 ihren ASF-Freiwilligendienst im Nationaal Monument Kamp Amersfoort (NMKA) im Rahmen des Internationalen Jugendfreiwilligendienstes (IJFD). Die Kreuzkirchengemeinde und die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Konstanz unterstützen sie bei ihrer Suche nach einem Patenkreis.

Auf den Spuren der Geschichte – Begegnungen in der Gegenwart

Jedes Jahr reisen Freiwillige vor ihrem Dienst mit ASF in die Gedenkstätten von Auschwitz und Majdanek in Polen. Sie setzen sich mit der Shoah und dem NS-Vernichtungskrieg auseinander, erfahren aber auch mehr über die jüdische und polnische Geschichte vor und nach der NS-Besatzung und lernen das heutige Polen kennen. Auch Sommerlager und Auszubildenden-Programme von ASF finden in der *Internationalen Jugendbegegnungsstätte (IJB)* Oświęcim/Auschwitz statt. Freiwillige engagieren sich hier in der Bildungsarbeit sowie im Jüdischen Zentrum Oświęcim.



Freiwillige auf dem Jüdischen Friedhof in Krakau und in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau.





Die ASF-Freiwillige Luisa führt die Freiwilligen-
gruppe durch die Gedenkstätte Majdanek
(linke und rechte Seite oben).

Der Freiwillige Jonas führt durch die ehemalige
Synagoge in Oświęcim, heute Teil der Ausstellung
des Jüdischen Zentrums.



Umkämpfte Erinnerungen

Perspektiven auf das Kriegsende in Ost- und Ostmitteleuropa

Christoph Meißner

Am 8. Mai 2025 jährt sich zum 80. Mal der Tag des Kriegsendes. An jenem 8. Mai 1945 unterzeichneten im Kasino einer ehemaligen Wehrmachtspionierschule, dem heutigen Museum Berlin-Karlshorst, Vertreter des Oberkommandos der Wehrmacht vor den Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und den USA die bedingungslose Kapitulation. Der Krieg in Europa war formal beendet. In großen Teilen der Welt wird dieses Ereignis als »Tag des Sieges in Europa« erinnert.

Richtet sich jedoch der Blick in den von Deutschland aus gesehen östlichen Teil Europas, so stellt sich der Zeitpunkt des Kriegsendes, das der 8. Mai in Westeuropa durchaus treffend markiert, deutlich komplexer dar. Aus dieser »östlichen« Perspektive lässt sich dieses Datum nur bedingt aufrechterhalten, zum einen waren die Kämpfe in vielen Regionen bereits im Sommer 1944 beendet, zum anderen begann ein Partisanenkampf gegen die sowjetische Macht. Dennoch wird der 8. Mai vermehrt aus politischen Gründen in das Zentrum der Erinnerungen gerückt.

Historische Hintergründe

Für viele Staaten im östlichen Europa bildet die Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion am 23. August 1939 den Auftakt für den Zweiten Weltkrieg, der mit dem deutschen Überfall auf die Republik Polen am 1. September 1939 begann. In diesem Pakt einig-

ten sich die beiden Diktatoren darauf, Ostmitteleuropa in ihre jeweiligen Interessensphären aufzuteilen. Polen wurde gespalten und seiner staatlichen Souveränität beraubt. Während sich das Deutsche Reich dem westlichen Kriegsschauplatz zuwendete, begann die Sowjetunion im November 1939 einen Krieg gegen Finnland, den sogenannten Winterkrieg. Im Sommer 1940 annektierte sie Estland, Lettland und Litauen und mit Bessarabien und der nördlichen Bukowina große Teile Rumäniens. Damit einher gingen Gewalt, Repressionen und Deportationen. Als das Deutsche Reich am 22. Juni 1941 seinen Krieg auf die Sowjetunion ausweitete, hatten dort bereits viele Menschen Gewalterfahrungen gemacht. Es folgte nun die gewaltsame deutsche Besatzung, die mit Unterstützung lokaler Akteure kein geringeres Ziel verfolgte, als die politischen und gesellschaftlichen Grundlagen in den besetzten Gebieten zu vernichten und sie wirtschaftlich auszubeuten.

Der Kriegsverlauf machte eine deutsche Niederlage absehbar. Im Februar 1945 trafen sich die Staatsoberhäupter von Großbritannien, der Sowjetunion und den USA auf der Krim in Jalta, um die Nachkriegsordnung in Europa festzulegen. Der Sowjetunion wurden dabei alle Gebietsgewinne seit 1939 zugebilligt. Dies stellte vor allem für große Teile der estnischen, lettischen und litauischen Gesellschaften nach dem Hitler-Stalin-Pakt einen erneuten Verrat an ihrer Staatlichkeit dar. Es folgte abermals eine sowjetische Besatzung. Die Sowjetunion knüpfte an die Annexionen von 1940 an

und legitimierte dies als »Befreiung« eigener Gebiete und Sieg über das NS-Besatzungsregime. Teile der Gesellschaften leisteten Widerstand. In einigen Gebieten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer entfaltete sich ein blutiger Partisanenkampf gegen die aufoktroierte sowjetische Ordnung, der bis weit in die 1950er-Jahre andauerte.

Perspektiven auf das Kriegsende

Aus diesen historischen Erfahrungen speisen sich die Erinnerungen an das Kriegsende in Ost- und Ostmitteleuropa. Sie sind komplex und selektiv. Es gibt nicht die eine Erinnerung und das eine Gedenken. Historiker*innen sprechen daher üblicherweise von Perspektiven und Erinnerungen und berücksichtigen, dass Teile der Gesellschaften, die im Folgenden skizzierten staatlichen Erinnerungsnarrative ablehnen oder anders deuten. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine seit 2014 hat zudem gezeigt, dass die Erinnerungen vor allem auf der staatlichen und politischen Ebene stets situativ, selektiv und wandelbar sind.

Seinen Anfang nahm das sowjetische Erinnerungsnarrativ am 9. Mai 1945. Die Sowjetunion schrieb den »Tag des Sieges« als nationalen Feiertag fest. Er unterlag einer wechselnden Bedeutung, wurde aber spätestens seit den 1960er-Jahren zu einem identitätsstiftenden Datum. Das bezog sich allerdings nur auf den sogenannten Großen Vaterländischen Krieg, der in der Sowjetunion und im heutigen Russland als Zeit zwischen

dem deutschen Angriff am 22. Juni 1941 und dem 8. Mai 1945 definiert wird. Für die Republiken der Sowjetunion galten somit lange Zeit nicht die westeuropäischen Zäsuren des 2. Weltkrieges von 1939 bis 1945.

Diese einheitliche Lesart »von oben« erodierte öffentlich sicht- und hörbar ab 1985 unter dem reformorientierten Generalsekretär Gorbatschow und seiner Politik der »Glasnost« (Transparenz). Jetzt war es möglich auch verdrängte und ambivalenterer Fragen »von unten« zu diskutieren. Damit wurden auch Gegenerinnerungen der stalinistisch Verfolgten sowie aus den annektierten Republiken der Sowjetunion lauter hörbar, die zuvor im privaten und halböffentlichen Raum geblieben waren. Dies zeigte sich nicht zuletzt am 23. August 1989, als im »Baltischen Weg« über eine Millionen Menschen eine Kette zwischen Vilnius, Riga und Tallinn bildeten, um gegen die sowjetische Okkupation zu demonstrieren. In diesen Ländern wird heute das Kriegsende auf den Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991 datiert. Erst dadurch wurde der Verlust der staatlichen Souveränität 1940 aufgehoben und die nationale Unabhängigkeit wiederhergestellt.

Diese politisch motivierte Lesart ist jedoch umstritten. Ein tiefgreifender Konflikt durchzieht die Gesellschaften dieser Staaten, ebenso wie in der Republik Moldau und der Ukraine. Im Zentrum steht die Frage, ob das Ende der deutschen Besatzung 1944/45 eine Befreiung oder neuerliche Besatzung war. Das liegt auch darin begründet, dass während des Zweiten Weltkriegs Teile der Gesellschaft sowohl auf sowjetischer als auch auf deutscher oder etwa rumänischer Seite gekämpft haben. Diese Konflikte sind bis heute ungelöst und führen dazu, dass Teile der Gesellschaften staatlich unterstützte Erinnerungsnarrative infrage stellen und ablehnen.

Die Abkehr vom 9. Mai wird zum Politikum

In Russland feiern weite Teile der Gesellschaft am 9. Mai den »Tag des Sieges« relativ unreflektiert. Das pompöse Staatsgedenken am wichtigsten Feiertag des Landes geht mit einer zunehmenden Militarisierung einher. In vielen Städten finden Siegesparaden mit Militärtechnik statt, davon die größte in Moskau. In den letzten beiden Jahren wurden die Feierlichkeiten eng mit dem russischen Angriff auf die Ukraine verbunden. »Wir können es wiederholen« war dabei die Losung, die propagandistisch unterlegt wurde mit der Behauptung, in Kyjiw würden Nazis regieren. Diesem Gedenken schließt sich das weitgehend unter russischem Einfluss stehende Regime in Belarus an. Die propagandistische Heroisierung des Kriegsendes führte dazu, dass sich die Nachbarstaaten seit dem russischen Angriff auf die Ukraine zunehmend rigoroser von Moskau und dessen Siegeskult abwendeten.

In Estland, Lettland und Litauen entwickelte sich bereits seit dem Ende der Sowjetunion im Dezember 1991 eine nationalstaatliche Erinnerungskultur. Schnell wurden sowjetische, aber auch nationalsozialistische Symbole juristisch verboten und in Estland im Jahr 2007 erste sowjetische Kriegsdenkmäler umgesetzt. Heute werden in Ablehnung der russischen imperialen Fantasien Denkmäler sogar unwiederbringlich abgerissen. Dies lässt sich auch in der Ukraine beobachten, während in Russland und Belarus neue Denkmäler errichtet werden, die teils stalinistische Geschichtsnarrative wieder aufnehmen.

Die zentrale Chiffre des Kriegsendes verschiebt sich in den Staaten des östlichen Europas zunehmend auf den 8. Mai. So wurde 2023 in der Republik Moldau und der Ukraine der 8. Mai zum Tag des Kriegsendes erklärt, der in der Ukraine »Tag der Erinnerung und des Sieges über den Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg 1939–1945« heißt. Die sowjetisch bzw. russische Chiffre des 9. Mai als »Tag des Sieges« wurde in beiden Ländern gesetzlich in den im westlichen Europa seit 1985 begangenen »Europatag« umgewandelt. Dies bedeutet eine politische, aber auch symbolische Hinwendung zu Europa und dem Beitritt zur Europäischen Union, was nicht zuletzt mit der 2022 gewährten EU-Beitrittsperspektive zu tun hat. Beide Staaten sehen ihre Zukunft – und damit auch die erinnerte Vergangenheit – nicht mehr im russischen Orbit.

Diese politischen Gesten sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Teile der Gesellschaft weiterhin den 9. Mai als »Tag des Sieges« feiern, was vor allem in der Republik Moldau zu starken Konflikten führt. Das Gedenken in den Gesellschaften Ost- und Ostmitteleuropas an das Kriegsende ist weiterhin umkämpft. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine lässt die unterschiedlichen Sichtweisen auf die Geschichte deutlich zutage treten. Er sorgt somit in vielen Staaten für kontroverse Sichten, die durchaus von gesellschaftlicher Brisanz bleiben.

Christoph Meißner ist Historiker und war zwischen 2014 und 2024 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Museum Berlin-Karlshorst. Er kuratierte 2024 die Ausstellung »Riss durch Europa. Die Folgen des Hitler-Stalin-Pakts«.



Charlotte Scheuermann aus Weinheim unterstützt ab September Menschen ohne Obdach in Philadelphia, USA.

Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



In deutscher, sowjetischer und polnischer Haft

Der KZ-Häftling Hans Vey und die Jahre 1945–1947

Piotr Chruścielski

Im Juni 1947 kehrte Hans Vey, 54 Jahre alt, in seine Heimatstadt zurück.¹ Nürnberg, der Symbolort des nationalsozialistischen Staates, lag in Trümmern und bildete nun die Kulisse für die Ahndung der NS-Verbrechen. Gerade fanden die Verfahren gegen hochrangige Mediziner, Juristen und Industrielle, die das Regime unterstützt hatten, die sogenannten Nürnberger Nachfolgeprozesse, statt. Die Hauptkriegsverbrecher, darunter Julius Streicher, einstiger NSDAP-Gauleiter von Franken und Veys schärfster Rivale, waren bereits im Jahr davor verurteilt worden. Während der Internationale Militärgerichtshof damals gegen den »Frankenführer« und die 23 anderen Nazi-Größen im Justizpalast in der Fürther Straße verhandelte, befand sich Vey noch in Untersuchungshaft in Polen und wartete auf seinen Prozess.

Von der politischen Bühne direkt ins KZ

Welche Gedanken mögen Vey wohl begleitet haben, als er nun durch die zerstörte Stadt ging? Er war nicht nur Zeuge, sondern auch ein Akteur in den politischen Umbrüchen der Weimarer Republik gewesen. Lavierend zwischen kommunistischen und völkischen Ideen, gründete er 1919 die Nürnberger Ortsgruppe der Deutschsozialistischen Partei mit, eine Vorläuferin der NSDAP in Bayern. Er verstand es ausgezeichnet, mit seinem ehemaligen Mitsstreiter Streicher die Klängen scharf zu kreuzen. Sei es in der selbstverfassten Kampfschrift, die er in Anspielung auf das von Streicher herausgegebene Hetzblatt »Der Anti-Stürmer« nannte, oder sei es vor Gericht: Vey machte aus seiner Abneigung gegenüber dem künftigen Gauleiter keinen Hehl. Streicher sei der »Krebsschaden« der nationalsozialistischen Bewegung, davon war er überzeugt.

Auch in seiner späteren Haftzeit im KZ – die politischen Auseinandersetzungen führten Vey schließlich hinter Stacheldraht – habe er sich als Rassist beziehungsweise Nationalist gegeben, so Veys Mithäftlinge. Er durchlief drei Konzentrationslager: Buchenwald, Mauthausen und zuletzt Stutthof bei Danzig (heute Gdańsk in Polen). Vey war Ingenieur von Beruf

und wurde als Oberkapo in einer mit dem KZ Stutthof kooperierenden Maschinenfabrik im gleichnamigen Dorf (heute Sztutowo) eingesetzt. Ihm unterstand ein Kommando von etwa 500 Häftlingen, die Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie leisten mussten. Es heißt, er habe sich die Achtung eines Teils seiner Mitgefangenen erworben und eine Vertrauensstellung beim Lagerkommandanten genossen. Mit Kommentaren zur Politik hielt Vey auch in KZ-Haft nicht zurück. Er war bekannt für seine Anti-Hitler-Rhetorik. Einmal musste er dafür in Dunkelarrest.

Eine harmlose Strafe, verglichen mit dem Leid der anderen. Mit eignen Augen sah Vey, wie die geflohenen Häftlinge seines Kommandos von Hunden des SS-Wachpersonals zerrissen wurden. Er musste Erhängungen mitansehen und wusste von den Vergasungen. Als Funktionshäftling übte er auch selbst Gewalt aus – ob aus dem Druck der KZ-Hierarchie heraus oder aus eigenen Stücken. Erkannte Vey nun beim Anblick der Ruinenfelder von Nürnberg, dass sein Inneres auch eine Ruinenlandschaft war?

Die turbulenten Monate vor dem Zusammenbruch

Angesichts der Offensive der Roten Armee hatte Vey Anfang 1945 den Auftrag bekommen, mit einigen Mitgefangenen eine Munitionsfabrik im Dorf Stutthof fertigzustellen. Es galt, das Vorwärtsrücken des feindlichen Heeres zu verhindern und den Raum Danzig zu verteidigen. Der Rohbau befand sich auf dem Gelände der Maschinenfabrik, in der Vey als Kapo beschäftigt war. Die Munitionsfabrik ging jedoch nicht mehr in Betrieb. Angst vor Racheakten zwang die deutsche Bevölkerung zum Exodus. Ein Strom von Flüchtlingen aus Ost- und Westpreußen durchzog das Dorf. Die Fliehenden wurden unter anderem in den Fabrikhallen untergebracht. Vey hatte die Aufgabe, die Quartiere instand zu halten, den Aufmarsch der Trecks zu ordnen, Pferde und Wagen unterzubringen und Küchen zu errichten. Bald suchten auch die Dorfbewohner*innen ihre Rettung in der Flucht.

Inzwischen kam es zur Räumung des frontnahen KZ Stutthof und seiner Außenlager. Die Häftlinge wurden in Marschkolonnen oder auf dem Seeweg ins Reichsinnere »evakuiert«. Die tage- und wochenlang dauernden Märsche beziehungsweise Transporte über die Ostsee forderten viele Todesopfer, desgleichen im Stammlager, in dem die Verbliebenen Hunger, Krankheiten, Willkür der SS und Angriffen durch russische Flugzeuge preisgegeben waren. Mehr als 25.000 Personen starben schätzungsweise in der »Evakuierungsperiode« zwischen Januar und Mai 1945, fast 40 Prozent aller Opfer von Stutthof. Bewegliche Güter wurden abtransportiert, unbewegliche zum Teil zerstört. Auch die Lagerakten ließ die SS entweder verbrennen oder mit auf den Weg nehmen. Der größte Teil der SS-Wachmannschaften floh Anfang April 1945. Das Lager wurde von der Wehrmacht übernommen, die sich auf die letzten Kämpfe vorbereitete.

Freiheit auf Raten

Die deutsche Kapitulation bedeutete für Vey vorerst keine Heimkehr. Als die sowjetischen Truppen am 9. Mai 1945 ins KZ Stutthof eindringen, hielten sich Vey und seine Häftlingskameraden in der Maschinenfabrik auf: »Wir wollten den Einmarsch der Russen und ganz besonders der Paulus-Truppen, von denen so viel erzählt wurde, erleben. Wir wurden bitter enttäuscht«, so Vey. Die Ereignisse der letzten Kriegsjahre, darunter die Gerüchte, der in sowjetische Gefangenschaft geratene Generalfeldmarschall Friedrich Paulus habe sich von Hitler losgesagt und wolle deutsche Freiwilligenverbände aufstellen, hatten manche deutsche Häftlinge – Vey im Besonderen – auf eine innere Wende gegenüber dem NS-Regime vergeblich hoffen lassen. Jetzt nach Kriegsende wurde er mit »Not und Elend der Besiegten und Willkürherrschaft der Sieger« konfrontiert.

Der ehemalige Kapo bezog das Haus einer Dorfbewohnerin, mit der er seit längerem eine Liaison hatte. Er musste bei den Reinigungsarbeiten auf dem KZ-Gelände mithelfen. Mehrmals wurde er von den sowjetischen Militärs beziehungsweise Funktionären des Geheimdienstes, des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten, verhört, die zu den Verbrechen im Lager ermittelten. Dabei genoss ein politischer Häftling keinen besonderen Vorzug. Vey, der sich für einen Kommunisten beziehungsweise Antifaschisten ausgab, blieb fast sechs Monate lang hinter Schloss und Riegel. Als er wieder auf freien Fuß kam, gab es für ihn nur noch einen Ausweg: die Flucht in den Westen. Doch im November 1945 wurde er von der polnischen Miliz verhaftet. Der Vorwurf: Er habe als Kapo die anderen Häftlinge misshandelt.

Vey kam nach Gdańsk ins Untersuchungsgefängnis. Das Landgericht verkündete im Januar 1947 das Urteil. Vey wurde von der Anklage freigesprochen. Zwar habe er Schläge ausgeteilt, führte das Gericht aus, die aber unter den Umständen des Lagers ein unvermeidliches Übel gewesen seien, um die Ordnung unter den Häftlingen aufrechtzuerhalten und sie vor brutalen Misshandlungen der SS zu schützen. Die meisten Zeugen, allesamt Polen, sagten zugunsten des Angeklagten aus. Vey sei ein »guter Kapo« gewesen. Aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen, wurde er im April des Jahres in das Zentral-Arbeitslager Potulice, ein polnisches Umsiedlerlager bei Bydgoszcz, verlegt, weil die Deutschen infolge der Westverschiebung Polens die ehemaligen Reichsgebiete östlich von Oder und Neiße zu verlassen hatten. Er blieb dort bis Mai 1947. Dann kam er in einem Transport nach Deutschland, in die sowjetische Besatzungszone, in das heutige Sachsen-Anhalt, und wurde zunächst in dem Umsiedlerlager Werkheim Nord II in Dessau untergebracht. Im Juni gelang ihm die Flucht in die Westzone. Vey kehrte nach Nürnberg zurück und stand dort vor einem völligen Neubeginn.

Diese widersprüchliche und wechselhafte Biographie – die hier nur in Umrissen dargestellt werden konnte – wirft bis heute viele Fragen auf: Können wir Vey eine Mitverantwortung für die NS-Verbrechen zuschreiben und zugleich seine Verfolgung anerkennen? Welche Spielräume hatte er unter den Umständen seiner Zeit? War er sich seiner moralischen Schuld bewusst? Oder bestand er auf einem Recht auf politischen Irrtum und Läuterung? Außerdem konnte Vey auf ein längeres Vorstrafenregister zurückblicken. Hatten alle seinen Verurteilungen einen politischen Hintergrund? Wie scharf waren die Trennlinien zwischen den Häftlingskategorien in den Konzentrationslagern? Welche Bedeutung hat das für unsere Erinnerungskultur?

Piotr Chruścielski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Stutthof. Er forscht zu marginalisierten Opfergruppen des Nationalsozialismus.

- 1 Die Quellengrundlage für die Rekonstruktion des Lebenswegs von Hans Vey bilden Archiwum Muzeum Stutthof w Sztutowie, Archiwum Państwowe w Bydgoszczy, Arolsen Archives, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Bayerische Staatsbibliothek, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Westfalen in Münster, Oddziałowe Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej w Gdańsku und Stadtarchiv Dessau-Roßlau.

Täter, Zeugen, Opfer und »Der Lange Krieg«

Der ambivalente Kriegsausgang in der deutsch-niederländischen Beziehungsgeschichte

Anne van Mourik

»Wir atmen wieder frei!!!«, so die Tageszeitung Westfriesch Dagblad am 5. Mai 1945. Anfang Mai wurden die Flaggen in den niederländischen Nationalfarben wieder rot-weiß-blau gehisst, die Befreiung von der deutschen Besatzungsmacht war ein Faktum. War diese Befreiung aber auch gleichbedeutend mit »Freiheit«? Welche Ambivalenzen, welche Nachwirkungen sollten noch weit über dieses Datum hinausreichen? Was bringt es uns, hinter die geeichten Meilensteine – die üblichen Erzählungen von Kriegsbeginn und Befreiung – zu blicken?

Für die Niederlande bedeutete die Befreiung das Ende von fünf Jahren Krieg, Besetzung und Verfolgung. Während dieser Zeit wurde die niederländische Wirtschaft zunehmend in den Dienst des Deutschen Reichs gestellt. Ab 1942 gingen die Nazis in den Niederlanden auf Jagd nach Arbeitskräften, wobei Männer jeden Alters gezwungen wurden, in Fabriken und auf Bauernhöfen in Deutschland zu arbeiten – insgesamt gut 500.000.

Die deutsche Besatzungspolitik in den Niederlanden war anders als die in Osteuropa. Während die Deutschen in ihrem Streben nach Lebensraum im Osten bewusst Hungersnöte verursachten, war dies in den Niederlanden nicht der Fall. Die niederländische Historikerin Ingrid de Zwart weist nach, dass die Nazis die Niederlande nicht so sehr als ein Gebiet betrachteten, das leergeplündert werden konnte, sondern eher als ein Glied in der deutschen Kriegsmaschinerie. Die niederländische Wirtschaft mit ihren Unternehmen, Technologien und kolonialen Netzwerken musste als Teil der Kriegsanstrengungen am Laufen gehalten werden. Der niederländische »Hungerwinter« 1944–1945, in dem circa 20.000 Menschen starben, war daher keine Folge der NS-Lebensraumpolitik, wie oft behauptet wird und teilweise noch in deutschen Schulbüchern steht. Es war vielmehr ein unglückliches Zusammentreffen von Transportproblemen (vor allem infolge des niederländischen Eisenbahnstreiks und des Transportverbots auf den Wasserstraßen), Brennstoffmangel, einer zerstörten Infrastruktur, einem strengen Winter und dem Ausbleiben internationaler Hilfe.

Die Befreiung im Mai 1945 war daher umso mehr ein Grund zum Feiern. Doch hinter der Euphorie verbarg sich eine andere Wirklichkeit, betont de Zwart, denn der Hunger blieb hinter geschlossenen Türen verborgen. Der amerikanische General John Clark zeichnete in einem Bericht über die Nachkriegslage ein dramatisches Bild: »Es ist ein leeres Land, bewohnt von hungrigen Menschen, und in den Städten eine halb ausgehungerte Bevölkerung. Ohne Übertreibung: Wenn die Befreiung noch zehn Tage auf sich hätte warten lassen, wären tausende Menschen vor Hunger gestorben.« Der Krieg war vorbei, aber der Hunger keineswegs.

Obwohl sich die Ernährungslage ab dem Sommer 1945 verbesserte und der Wiederaufbau begann, blieb eine andere Situation unverändert, nämlich die kulturelle Mobilisierung der Gesellschaft für den Kriegszustand. Die Niederlande bereiteten sich bereits auf einen neuen Konflikt vor. Nach 350 Jahren kolonialer Unterdrückung hatte der indonesische Nationalistenführer Sukarno am 17. August 1945 die Unabhängigkeit ausgerufen. In den Niederlanden gab es dagegen große Widerstände, denn die Wiederherstellung der kolonialen Vorherrschaft galt weithin als selbstverständlich und wirtschaftlich als unverzichtbar für den eigenen Wiederaufbau.

Zwischen 1945 und 1949 gingen gut 200.000 niederländische Wehrpflichtige und Kriegsfreiwillige nach Indonesien, viele von ihnen in der Überzeugung, dass sie, so wie die Alliierten in den Niederlanden, die indonesische Bevölkerung befreien würden. Was aber als Wiederherstellung von Frieden und Ordnung dargestellt wurde, war in Wirklichkeit ein blutiger Rekolonialisierungskrieg, der fast hunderttausend indonesische Leben kostete. Der Historiker Peter Romijn beschreibt in »Der lange Krieg der Niederlande« die 1940er-Jahre als eine Zeit von ununterbrochener Gewalt, Besetzung, Repression und Kriegsverbrechen. In diesem langen Krieg waren die Niederländer abwechselnd Zeugen, Opfer und Täter.

Der zweite Weltkrieg fachte weltweit nicht nur neue koloniale Kriege an, er zwang auch Millionen von Menschen in Bewegung. Etwa 300.000 Niederländer aus ganz Europa sollten wieder nach Hause zurückkehren. Die Repatriierung verlief jedoch alles andere als reibungslos. Während Franzosen und Belgier schon 1944 in ihre Heimat zurückkehrten, warteten niederländische Zwangsarbeiter und Lagerinsassen oft noch wochenlang auf eine Transportgelegenheit. Die Niederlande wurden relativ spät befreit, wodurch die Repatriierung und das Chaos der Befreiung zusammenfielen. Priorität hatten der Wiederaufbau und die Nothilfe im eigenen Land, nicht die Tausenden Niederländer, die verstreut über Europa auf ihre Heimkehr warteten. Bürokratie verzögerte den Prozess, die Mittel waren knapp und die Logistik katastrophal. Während ihre Schicksalsgenossen aus anderen Ländern schon längst abgeholt worden waren, mussten die niederländischen Überlebenden in den Lagern ihre Heimkehr selbst organisieren.

Für manche Niederländer sollte die Heimkehr noch über zehn Jahre dauern, beispielsweise für niederländische Kriegsgefangene, darunter ehemalige Mitglieder der Waffen-SS in Sowjetlagern. Sie mussten jahrelang unter schwersten Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Die Heimkehr dieser Kriegsgefangenen wurde zu einem politischen Tauziehen mit der Sowjetunion. Stalin forderte »seine« Leute zurück – auch gegen ihren Willen. Nicht nur Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, sondern auch sowjetische Frauen, die westliche Heimatlose geheiratet hatten, und (vermeintliche) sowjetische Deserteure standen auf Stalins Liste. Die Niederlande weigerten sich, diese Sowjetbürger auszuliefern, wodurch niederländische Kriegsgefangene noch jahrelang in der Sowjetunion festgehalten wurden. Erst 1957, nach jahrelangen zähen Verhandlungen, kehrten die letzten Niederländer aus der Sowjetunion zurück. Diese Beispiele für die Langzeitfolgen des Kriegs machen eins deutlich: Die Befreiung bedeutete nicht für alle »Freiheit«.

Die durch die deutsche NS-Besatzung verursachte humanitäre Katastrophe auf dem europäischen Kontinent schlug zu Kriegsende zurück auf die deutsche Bevölkerung mit Luftangriffen, Endkämpfen, Vertreibung und vielfache sexualisierte Gewalt – etwas, worüber es für Niederländer vielleicht leichter zu sprechen ist als für Deutsche.

Auch der Hunger war ein großes Problem, vor allem in den deutschen Städten. Während der Rest von Europa bereits seit 1939 von Nahrungsmittelknappheit betroffen war, wurde die Lage in den deutschen Städten erst nach 1945 wirklich problematisch. Zuvor war ihre Versorgung durch den Raub von Rohstoffen und Millionen von Zwangsarbeitern aus besetzten Gebieten relativ gut geblieben. Als aber 1945 sowohl die Besat-

zungsgebiete als auch die Arbeitskräfte wegfielen und die Kriegsschäden an der Infrastruktur und den Vorräten spürbar wurden, brach die Lebensmittelversorgung zusammen. Lebensmittelrationen wurden ungleich verteilt, da die alliierten Truppen, die Heimatlosen und ehemals Verfolgten bevorzugt wurden. Im Sommer 1946 mussten die Stadtbewohner teils mit weniger als 1.000 Kalorien pro Tag auskommen. Wer konnte, kaufte auf dem Schwarzmarkt, doch dort schossen die Preise in die Höhe. Auch wenn es vielleicht unangenehm sein mag, Deutsche in dieser Hinsicht als Opfer zu benennen, zeigt dies, wie langfristige Gewaltdynamiken Rollen verschoben und Täter- sowie Opferschaft auch in Deutschland wechseln konnten.

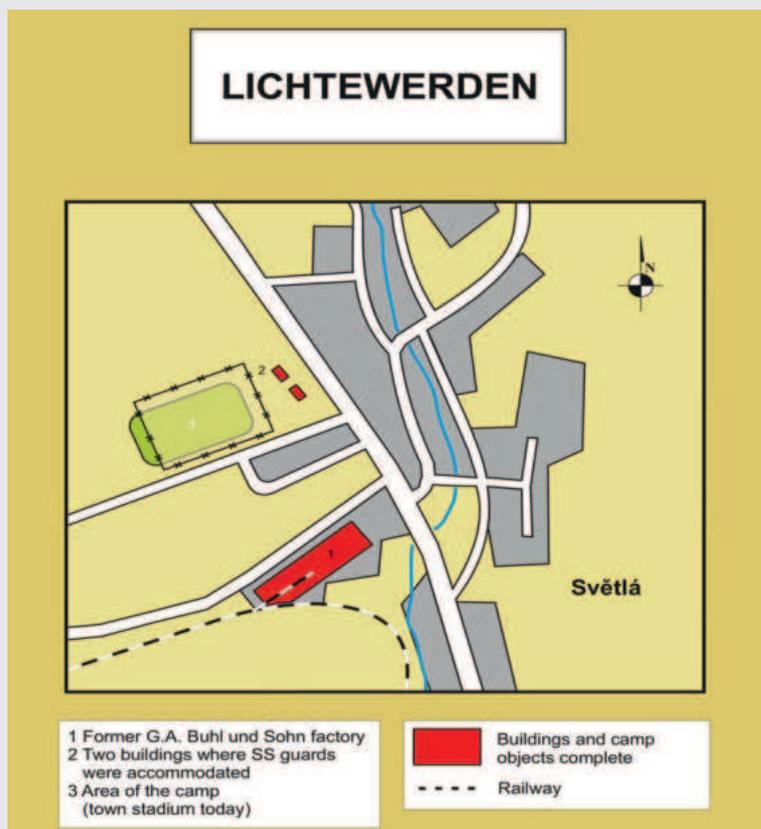
Die Deutschen, die vormalig im mächtigen Deutschen Reich gelebt und in der NS-Volksgemeinschaft über viele Wege von der Besetzung und Ausbeutung des europäischen Kontinents profitiert hatten, wurden jetzt in den verbliebenen Resten ihres Landes mit Hunger, Krankheit und Obdachlosigkeit konfrontiert. Zugleich fiel die durch die Alliierten erzwungene Demobilisierung für nationalsozialistische Vorstellungen erstaunlich schnell zusammen mit einer Remobilisierung für den Kalten Krieg. In beiden Teilen Deutschlands war diese neue Systemkonkurrenz wichtiger als eine wirkliche Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Belastung. Auch der deutsche Kontext ist trotz der Zäsur von 1945 so durch viele Kontinuitäten gekennzeichnet.

Die Kriegserfahrungen von Unterdrückten und Unterdrückern sind fundamental verschieden. Wer jedoch mit einem vergleichenden Blick und aus einer langen Perspektive auf die Vergangenheit schaut, sieht, wie Menschen das eine Mal Täter oder Mitläufer und das andere Mal Opfer oder Zeuge von Gewalt sein können. Es handelt sich also um Rollen, die ein und dieselbe Person abwechselnd einnehmen kann. Ein unvoreingenommener Blick auf die Dynamiken von Gewalt kann uns von einer statischen eindimensionalen Subjektdefinition von Täterschaft oder Opferschaft befreien, die der Geschichtsschreibung Unrecht tun. Dieser Blick ist hilfreich, aber nicht um Täter aus der Verantwortung für ihre Gewalttaten zu entlassen oder die beispiellosen NS-Verbrechen gegen die Menschheit zu relativieren. Es hilft uns zu verstehen, wie Gewaltdynamiken funktionieren und wie verwickelt und widersprüchlich historische Entwicklungen können verlaufen. Und das gilt nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für heute. Denn Täter können durchaus auch Opfer sein und umgekehrt.

Anne van Mourik ist Historikerin am NIOD Institut für Kriegs-, Holocaust- und Genozidforschung in Amsterdam. Sie untersucht die Rolle der deutschen kriegsbedingten Hungersnotperioden (1914–24 und 1945–49) in der deutschen Identitätsbildung und dem Nationenaufbau (1914–2020).



Das frühere Lagergelände, das heute zum Teil ein Sportplatz ist.



Lichtewerden

Um die 300 weibliche Gefangene mussten in der Textilfabrik arbeiten, die bereits seit 1864 existierte. Sie kamen überwiegend aus Polen, aber auch aus Tschechien, der Slowakei und Ungarn. Das Nebenlager wurde im November 1944 errichtet. Am 6. Mai 1945 flüchteten die SS-Wachmannschaften, am 8. Mai befreite die Rote Armee das Nebenlager, das nordwestlich der tschechischen Stadt Ostrava liegt. Wie an vielen Nebenlagern in Tschechien gibt es kein Gedenkzeichen für die Verfolgten.



Ehemalige SS-Unterkünfte, die heute als Wohnhäuser genutzt werden (oben).
Die ehemalige Textilfabrik (unten).



Entkoppelt, verspätet, lückenhaft

Zur Erinnerung an die Kriegsgewalt in Italien

Elena Monicelli und Elena Pirazzoli

In Italien nahm der Verlauf des Zweiten Weltkriegs am 8. September 1943 eine plötzliche, einschneidende Wende: Durch die Unterzeichnung des Waffenstillstands mit den Alliierten brach die – seit Ende Juli nicht mehr faschistische – Regierung Italiens den Pakt mit Nazideutschland. Die Kapitulation kam sehr plötzlich: für die Truppen, die bis zu diesem Moment an der Seite der Deutschen gekämpft hatten, für die Zivilbevölkerung, die nach dem Sturz Mussolinis am 25. Juli teils noch faschistisch, teils des Regimes und des Kämpfens müde war, für die italienischen Jüdinnen*Juden, die bis dahin in Bezug auf ihre Rechte im italienischen Faschismus verfolgt wurden, jedoch damals noch nicht in Lebensgefahr waren.

Der 8. September 1943 als Wendepunkt

Eine unmittelbare Folge des 8. Septembers war der Zusammenbruch der Streitkräfte. Nunmehr befehllos waren sie oft zusammen mit deutschen Truppen stationiert, die nun keine Verbündeten mehr, sondern Feinde waren. Sie wurden von den Deutschen entwaffnet – dabei kam es auch zu Kämpfen und Massakern wie auf der griechischen Insel Kefalonia – und vor die Wahl gestellt, entweder zur deutschen Wehrmacht überzulaufen oder deportiert zu werden. Mehr als 90 Prozent liefen nicht über. Sie galten in Deutschland nicht als Kriegsgefangene, sondern als IMI, Italienische Militärinternierte, denen der Schutz der Genfer Konventionen verwehrt wurde.

Einigen von ihnen gelang die Flucht. Sie gingen in die Berge und schlossen sich antifaschistischen Partisanenbanden an, um die NS-Besatzung und ihre Kollaborateur*innen zu bekämpfen. Zu ihnen stießen auch Jugendliche und jüngere Männer, die von der Italienischen Sozialrepublik (Repubblica Sociale Italiana, RSI), dem im nördlichen Landesteil neu errichteten faschistischen Staat, nicht eingezogen werden wollten. RSI-Beamte halfen den Nazis bei der Deportation von italienischen und ausländischen Jüdinnen*Juden. In den 20 Monaten bis zur Befreiung Anfang Mai 1945 wurden 650.000 IMI, 25.000 Mitglieder des politischen Widerstands (oder Menschen, die als solche angesehen wurden), 8.000 Jüdinnen*Juden und

etwa 250.000 zur Zwangsarbeit verpflichtete Zivilpersonen deportiert. Rund 90 Prozent der Jüdinnen*Juden, fast die Hälfte der politischen Gefangenen, etwa sieben Prozent der IMI (40.000 bis 50.000 Soldaten) und eine nicht bezifferte Anzahl von Zwangsarbeiter*innen kamen nicht mehr zurück. Zudem wurden etwa 300 Sinti*zze und Rom*nja deportiert, von denen die meisten in Auschwitz ermordet wurden.

Aus dem Süden des Landes rückte unterdessen die alliierte Front immer weiter vor. Entlang der Kampflinien kam es zu vielen Massakern an Zivilist*innen, die mal als Vergeltungsakt, mal im Rahmen strategischer »Säuberungen« erfolgten. Über 24.000 Menschen fielen ihnen zum Opfer – die meisten Frauen, Kinder und ältere Menschen.

Nach Kriegsende kehrten die Überlebenden der Deportationen in ein von Bomben zerstörtes und infolge der zwanzig Jahre Faschismus von sozialen und politischen Spannungen zerrissenes Land zurück. Häufig wurden sie nicht mit offenen Armen für ihren Leidensweg empfangen. Da alle Menschen im Krieg schmerzhaft Erfahrungen gemacht hatten, konnte oder wollte man nicht mit dem Leiden der anderen mitfühlen. Darüber hinaus kamen die genauen Einzelheiten der verschiedenen Lager nur spät ans Tageslicht: Die Unterschiede zwischen Konzentrationslager und Vernichtungslager, Arbeitslager und Durchgangslager wurden erst mit der Zeit und durch historische Recherche ab Mitte der 1990er-Jahre deutlich.

Seinerzeit war anderes dringlicher: Man musste die Familien der Gefallenen versorgen und die Überlebenden moralisch und materiell unterstützen. So entstanden die ersten Verbände von ehemaligen Deportierten, die hauptsächlich die »politischen« Gefangenen umfassten. In den ersten Nachkriegsjahren begannen einige der Überlebenden ihre Erfahrungen aufzuschreiben. Sie hatten es jedoch schwer, Verlage zu finden. Berühmt ist der Fall von »Ist das ein Mensch?« von Primo Levi: Der erst nur mit wenigen Exemplaren von dem kleinen Verleger De Silva veröffentlicht wurde, bevor 1958 die Neuauflage im etablierten Einaudi-Verlag zur weiten Verbreitung führte, der die Buchidee zuvor abgelehnt hatte.

»Paradigma des Widerstands« statt wirklicher Auseinandersetzung

Die NS-Massaker, insbesondere die Verbrechen von Marzabotto – das genauer gesagt auf dem Gebiet des Monte Sole stattfand – in den Apenninen zwischen Bologna und Florenz sowie in den Ardeatinischen Höhlen in Rom, dienten als Fundament, um nach dem Bruch mit dem italienischen Faschismus eine neue nationale Identität zu konstruieren: Die neue Italienische Republik gründete auf dem Opfer der Bevölkerung im Widerstand gegen die deutsche NS-Besatzung und den Faschismus. So setzte sich in den ersten zwei Jahrzehnten nach Kriegsende ein »Paradigma des Widerstands« durch: Deportation und Episoden von Massakern an Zivilist*innen durch einige Einheiten der deutschen Waffen-SS und Wehrmacht wurden stets als nazifaschistische Gewalt gegen diejenigen, die sich gegen den Faschismus entschieden hatten, ausgelegt. Andere Opfergruppen wie die deportierten Jüdinnen*Juden, die außerhalb von Widerstandshandlungen ums Leben gekommene Zivilbevölkerung und Zwangsarbeiter*innen wurden darunter subsumiert. So sollte die soziale und politische Zerrissenheit Italiens überwunden werden – tatsächlich fand darüber jedoch keine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Faschismus statt, dessen Kontinuitäten noch fest verwurzelt waren. Insbesondere die komplexe Spätphase nach Ende der Allianz mit NS-Deutschland und der alliierten Befreiung und die Vergehen der faschistischen RSI-Regierung blieben so unterbelichtet.

Der Fall Italiens wird häufig als Beispiel für eine fehlende Übergangsgerechtigkeit und Aufarbeitung angeführt. Sicherlich trugen die neue demokratische Verfassung und der integrative Gesellschaftsvertrag dazu bei, die Souveränität des Staates zu stärken und weiterer Gewalt und Übergriffen vorzubeugen. Gleichwohl führte der Kriegsausgang mit den massiven materiellen Zerstörungen und sozialen Verwerfungen einerseits und der internationalen Konstellation des Kalten Krieges, in der das demokratische Italien gegenüber dem Kommunismus mit wirtschaftlicher und politischer Unterstützung fest ins westliche Lager gebunden werden sollte, andererseits dazu, dass wenig Raum für offene Prozesse der Vergangenheitsbewältigung und Versöhnung blieb. Erst recht gilt dies für die Widerstände gegen eine ernsthafte Identifizierung und Anklage der Verantwortlichen der verschiedenen Verbrechen. Eine juristische Aufarbeitung unterblieb, kompromittierte Personen wurden selten ihrer öffentlichen Ämter enthoben. Stattdessen schlug man den Weg der Amnestie ein, ohne eine Anerkennung von Verantwortung im Gegenzug.

Schneller Blick nach vorn, späte Rücksicht auf die Verfolgten

Die überwältigende Mehrheit der Opfer, und in der Folge ihre Erb*innen blieben hingegen mit einem starken Ungerechtigkeitsgefühl zurück. Sowohl in ihrer lokalen Umgebung, als auch in der nationalen Gemeinschaft mussten sie sich in diesen Kontinuitäten bewegen und darauf warten, dass der erlittene Schaden in irgendeiner Weise repariert würde – materiell, vor allem aber gesellschaftlich.

Wohl erst mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Abbau seiner starren, geschlossenen Paradigmen öffneten sich Räume für eine persönliche wie symbolische Auseinandersetzung. So konnten soziale Veränderungen greifen und demokratisch-pluralistische Diskurse über die Vergangenheit wie Gegenwart entstehen. Sie ermöglichten zumindest ein Stück weit eine Aussöhnung zwischen dem kollektiven Blick auf die Vergangenheit und den unterschiedlichen, vielgestaltigen Sichtweisen von Individuen oder Gruppen, die unterschiedliche historische Erfahrungen teilen.

Freilich kann ein solcher Prozess, der erst ein halbes Jahrhundert nach den Ereignissen und dem zwischenzeitlichen Tod vieler Verfolgter einsetzt, in vielerlei Hinsicht nur mangelhaft verlaufen und zu einem bestimmten Grad wenig wirksam bleiben. Die historische, wie auch juristische Klärung wird von unüberwindbaren Lücken und Verlusten beeinträchtigt; die emotionalen Traumata und Brüche sind in vielen Fällen unheilbar und schwer belastend; der Diskurs über die Zukunft wird karg und nostalgisch, fast so als ob jene Vergangenheit der einzige Zufluchtsort vor dem wiederkehrenden, weil unverarbeiteten Schmerz, sei.

Die Erinnerung wird nunmehr als bloße Mahnung gesehen, wenn nicht gar abgetan – nicht aber als tatkräftiger Ansporn für eine wirkliche Reflexion der Gegenwart. Diese Art des »Erinnerns« versteht sich lediglich als eine Art Impfung. Ihre Verabreichung wird nur bei jungen Menschen und bei den Älteren erwogen. Dadurch bleibt jedoch ihr eigentliches Kritikpotenzial mit Blick auf die Verantwortung und Handlungen des aktiven, tragenden Teils der Gesellschaft, also der allgemein als erwachsen bezeichneten Menschen und insbesondere der politischen Entscheidungsträger, unterbunden.

Elena Monicelli ist Koordinatorin an der Friedensschule von Monte Sole bei Bologna, Italien, und forscht zur italienischen Zeitgeschichte und Erinnerungskultur.

Dr. Elena Pirazzoli ist freie Historikerin und arbeitet unter anderem zu Rettungswiderstand und NS-Verbrechen in Italien.

80 Jahre nach Kriegsende: Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Japan

Takuma Melber

Der Zweite Weltkrieg endete am 8. Mai 1945 mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht – so die landläufige Vorstellung mit Blick auf das Kriegsende 1945. Entsprechend wird in Europa und besonders in den Gesellschaften derjenigen Länder, die während des Kriegs unter deutscher Terror- und Besatzungsherrschaft litten, um das vorgenannte Datum herum an das Ende des Zweiten Weltkriegs erinnert. Auf dem asiatisch-pazifischen Kriegsschauplatz war der Krieg im Mai 1945 aber noch nicht zu Ende: Mit seinem Invasionskrieg in Kontinentalchina hatte Japan den Zweiten Weltkrieg in den 1930er-Jahren begonnen und im Anschluss an den am 7. Dezember 1941 erfolgten Überfall auf den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor (Hawaii) weite Teile Südostasiens unter seine Kontrolle gebracht. Mit der Niederlage bei der Seeschlacht bei Midway (Juni 1942) gegen die USA sah sich Japan aber zusehends in die Defensive gedrängt. Ab Sommer 1944 näherten sich die US-Truppen durch die Eroberung der Marianen (Saipan, Tinian und Guam) und der Philippinen immer weiter an die japanischen Mutterinseln an, die nun immer stärker in das Visier der Alliierten gerieten. Nach der Einnahme der nördlichen Marianeninseln waren alliierte Bomber in der Lage, Japans Hauptstadt Tokio direkt anzufliegen und damit das Kaiserhaus und die Regierung unmittelbar zu bedrohen.

Hunderttausende Opfer zu Kriegsende

Die sehr verlustreiche Schlacht um Okinawa (April–Juni 1945), der größte konventionelle Luftangriff der Geschichte auf Tokio, der in der Nacht auf den 10. März 1945 auf Japans Hauptstadt erfolgte und zwischen 80.000 und 100.000 Todesopfer forderte, sowie weitere alliierte Bombardements bis in den August 1945 hinein, die vor nahezu keiner japanischen Großstadt haltmachten, bildeten die wichtigsten Wegmarken hin zum Kriegsende im Pazifik. Nachdem auf der Potsdamer Konferenz US-Präsident Harry Truman von der erfolgreichen Testung einer nuklearen Waffe in der Wüste von New Mexico erfahren und dessen Einsatz angeordnet hatte, erfolgten die Abwürfe zweier Atombomben – zuerst am 6. August über Hiroshima,

dann am 9. August 1945 über Nagasaki. Wenige Tage später verkündete der Tennō, Japans Kaiser, dass das fernöstliche Kaiserreich nun »das Unerträgliche ertragen« müsse und damit das Ende des Krieges. Am 2. September 1945 unterzeichneten Delegationen Japans und der Alliierten auf dem amerikanischen Schlachtschiff USS Missouri in der Tokioter Bucht die Kapitulationsdokumente.

Einige Wissenschaftler*innen wie etwa der japanischstämmige US-Historiker Tsuyoshi Hasegawa vertreten die Ansicht, dass es weniger die Atombomben als vielmehr ein anderes Ereignis war, das Japan und an erster Stelle den Tennō zum Einlenken in die Kapitulation bewegt habe: Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 hatte der sowjetische Diktator Josef Stalin gegenüber US-Präsident Franklin D. Roosevelt und Großbritannien Premierminister Winston Churchill zugesichert, dass die Sowjetunion drei Monate nach einer deutschen Kapitulation Japan den Krieg erklären werde. Und tatsächlich: Zwischen den beiden US-Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki und genau drei Monate nach der Kapitulation Deutschlands überrannte die Rote Armee die sowjetisch-mandschurische Grenze, marschierte in die zu dieser Zeit unter japanischer Kontrolle stehende Mandschurei ein und besetzte das Gebiet. Ganz ähnlich wie in der gegenwärtigen militärischen Auseinandersetzung mit der Ukraine bezeichnete Moskau diesen Krieg offiziell nicht also solchen, sondern als »mandschurisch strategische Offensivoperation« (»Mantschurskaja strategitscheskaja nastupatel'naja operatsija«). Bis zum 5. September und damit noch nach der Besiegelung der japanischen Kriegsniederlage und Kapitulation am 2. September besetzte die Sowjetarmee den südlichen Teil der Insel Sachalin (zeitgenössisch »Karafuto-chō«) und die Kurileninseln; erst am 18. August 1945, drei Tage nachdem Kaiser Hirohito per Rundfunkansprache seinem Volk die Niederlage Japans verkündet hatte, landeten sowjetische Marineinfanterietruppen auf Shumushu-tō (russisch Schumschu), der ersten der besetzten Kurileninseln. Es folgte die Vertreibung zehntausender Japaner*innen von den Inseln ab Spätsommer 1945.

Ohne Regionales Bündnissystem territoriale Konflikte bis heute

Japans Nachkriegszeit und Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg prägte auch der territoriale Disput um die Kurileninseln zwischen Moskau und Tokio, wobei die territorialen Streitfragen Japans nicht auf die Sowjetunion und deren Nachfolgestaat Russland beschränkt blieben: Auch mit den Nachbarn China und Taiwan flammte und flammt der Streit um die Senkaku-Inseln beziehungsweise mit Südkorea die Auseinandersetzung über die Insel Takeshima in regelmäßigen Abständen auf. Im Gegensatz zum von der Bündnispolitik in EU, NATO geprägten Nachkriegseuropa sind in Asien territoriale Streitfragen als Relikt des Zweiten Weltkriegs also bis heute nicht abschließend ausgeräumt.

80 Jahre nach Kriegsende ist Japan zum einen einer der wichtigsten Verbündeten der USA und des Westens im Pazifik: Militärisch und strategisch betrachtet ist der Inselstaat von großer Relevanz für die Vereinigten Staaten in der Region, die hier weit über 50.000 ihrer Militärangehörigen stationiert haben und Japan als eine Art »natürlichen Flugzeugträger« im asiatisch-pazifischen Raum ansehen. Japan, das sich nach dem Krieg bis 1952 unter alliierter, de facto amerikanischer Besatzung befand, steht heute eindeutig unter dem militärischen und auch nuklearen Schutzschirm der USA. Und doch hat in Japan ein sicherheitspolitisches Umdenken angesichts der langjährigen, sich noch verschärfenden Territorialkonflikte, dem nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch militärischen Aufstreben der Volksrepublik China eingesetzt – nicht zuletzt angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine – und das bereits lange, bevor Olaf Scholz das Wort der »Zeitenwende« vor dem deutschen Bundestag in den Mund genommen hatte. Vor allem die konservative Administration des 2022 ermordeten Premierministers Shinzō Abe setzte sich für eine stärkere Auf- und Ausrüstung der Jieitai, der nach Kriegsende bewusst so benannten Selbstverteidigungs-Streitkräfte des Landes, und für eine Aufweichung der Nachkriegsverfassung ein.

Neues Verständnis von Krieg und Frieden

Der Inselstaat mit dem Selbstverständnis die Vorreiteration mit Blick auf globalen Frieden und einer pazifistischen Haltung in der Welt zu sein, hatte in Artikel 9 der Verfassung formuliert, »auf Krieg als ein souveränes Recht der Nation für alle Zeiten« sowie »zur Beilegung internationaler Streitigkeiten auf Gewaltandrohung und -anwendung zu verzichten«. Premier Abe stieß eine Neuinterpretation der Verfassung an und erhielt nach zahlreichen Diskussionen 2015 die parlamentarische Zustimmung zur »kollektiven Selbstverteidigung« und zum Kampf an der Seite Verbündeter, auch wenn Japan selbst nicht direkt angegriffen werde.

Ganz folgerichtig sprang der Inselstaat als Kooperationspartner der NATO beim Ausbruch des Kriegs in der Ukraine zur Seite; Japan gehört zum wichtigen Kreis der Unterstützernationen, was Hilfslieferungen an die angegriffene Ukraine anbelangt, ganz im Sinne der Verteidigung des liberal-demokratischen Wertekanons der westlichen Welt. Ferner investiert Japan heute stärker in sein Militär – eine eindeutige Reaktion auf den seit Jahren von amerikanischer Seite und zuvorderst von Donald Trump angekündigten bzw. angedrohten Abzug von US-Truppen aus Japan: Eine Folge ist der Umbau japanischer Hubschrauberträger der Izumo-Klasse zu entsprechend einsatz- und kampffähigen Flugzeugträgern, den ersten japanischen Trägersystemen seit Ende des Zweiten Weltkriegs.

Aller militärischen Aufrüstungsbestrebungen und der Unterstützung der Ukraine zum Trotz, stößt Japan nach wie vor in das Horn, das Vorreiterland des Pazifismus, der Anti-Atomwaffenbewegung und des universellen Friedens auf der Welt zu sein. So ist es auch noch 80 Jahre nach Kriegsende die Friedensbotschaft, die heute Japans Erinnerungskultur prägt und dominiert: Beispielsweise flimmern alljährlich weltweit die Bilder von der Gedenkfeier in Hiroshima mit dem ritualisierten Anschlag einer Friedensglocke über die TV-Bildschirme, verbunden mit einem Friedensaufruf in der Welt. Japans Friedens-



Jette aus Dresden engagiert sich ab September im griechischen Kryoneri Korinthias für Erinnerung und Begegnung.

**Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen**

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



appell ist aber zugleich in ein Narrativ des Zweiten Weltkriegs eingebettet, das Japans Kriegsbeteiligung vor allem aufgrund der letzten Kriegsmonate und der Atombombenabwürfe in einer Opferperspektive und Japan gewissermaßen als »das letzte Opfer des Zweiten Weltkriegs« präsentiert.

Friedensappell und Opferperspektive anstelle von Selbstkritik?

Auf Okinawa wird beispielsweise an Heranwachsende erinnert, die in der blutigen Verteidigung Okinawas im Frühjahr/Sommer 1945 unter tragischen Umständen ihr Leben ließen: Lokaler Hauptort der Erinnerung ist hier das 1946 eingeweihte und 1989 in das dann neu eröffnete Himeyuri-Friedensmuseum (»Himeyuri Heiwakinen Shiryōkan«) integrierte Mahnmal »Himeyuri no Tō«. Hier wird das Gedenken an 222 Oberschülerinnen und 18 Lehrkräfte hochgehalten, die sich während der Schlacht um Okinawa in Höhlen verschanzt und in einem Feldlazarett gedient hatten. Unter tragischen Umständen starb die Mehrheit der Schülerinnen in der finalen Phase der äußerst blutig geführten Schlacht, in der die USA rund 12.500 soldatische Todesopfer zu beklagen hatten, während auf japanischer Seite über 200.000 Menschen, insbesondere aus der Zivilbevölkerung, ums Leben kamen.

Überall im Land findet sich zudem eine Vielzahl an Institutionen, die als Heiwakinenkan, wörtlich »Museen zur Erinnerung an den Frieden« bezeichnet werden und einerseits klar die universelle Friedensbotschaft des »Nie wieder!«/»Nie wieder Krieg!« transportieren. Andererseits leisten sie erinnerungskulturell aber ihren Beitrag dazu, die japanische Opferperspektive zu betonen und zu verstärken: Das in der Stadt Chikuzen auf der südwestlichen Insel Kyūshū befindliche Tachiarai Heiwakinenkan (Tachiarai: Friedensmuseum) nimmt die Geschichte

der hier stationierten und in der finalen Kriegsphase zur Verteidigung Japans eingesetzten Tokkō-Einheiten, also Kamikazepiloten, in den Blick. Welche Vorgeschichte, Ursachen und Hintergründe dem Kamikazeeinsatz am Kriegsende zugrunde lag, bleibt jedoch weitestgehend ausgespart: Japans imperiale Großmachtansprüche, mit dem rücksichtslosen Streben nach Landerwerb und regionalem Einfluss. Der schon seit den 1930er-Jahren resolut verfolgte Eroberungskrieg in China, weiten Teilen Südostasiens und des Pazifiks brachte Zwangsarbeit und sexualisierte Gewalt über die Zivilbevölkerung – doch all das wird in der Erzählung Tachiarais und in der Museumsausstellung kaum erwähnt.

Es ist vor allem die Generation der Zeitzeug*innen – im Jahr 2025 also insbesondere diejenigen, die als Kinder oder Jugendliche das Kriegsende noch erlebten –, die sich in Japan an erster Stelle für die Erinnerung an den Krieg einsetzen. Viele der Kataribe, also der »Erzähler«, und Tourguides in den Museen oder an den Gedenkstätten und lokalen Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs in Japan entstammen der Zeitzeugengeneration. Die Zahl der unter uns lebenden Zeitzeug*innen nimmt 80 Jahre nach Kriegsende sukzessive ab, womit auch eine Veränderung des Erinnerns an den Krieg mit all seinen Konsequenzen sowie der Erinnerungskultur in Japan einhergeht. Wie genau diese Veränderung vonstattengehen und aussehen wird, bleibt abzuwarten. Es ist nur zu hoffen, dass darunter nicht der Appell an und der Einsatz für den Frieden in der Welt leiden werden.

Dr. Takuma Melber ist Historiker an der Universität Heidelberg. Er forscht zur Erinnerungskultur und Zeitgeschichte, insbesondere im Zeitalter der Weltkriege, im asiatisch-pazifischen Raum. Aktuelle Veröffentlichung: Kriegsende 1945. Transnationale Analysen einer globalhistorischen Zäsur, i. E., Frankfurt am Main.



Paula aus Grosselfingen wird ab September in einer Arche in Lille mit Menschen mit Behinderung arbeiten.

**Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen**

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



Die letzte verantwortliche Frage

80 Jahre nach der Ermordung von Dietrich Bonhoeffer

Gottfried Brezger

Im Morgengrauen des 9. April 1945 wurde Dietrich Bonhoeffer nach einem nächtlichen Scheingericht im KZ Flossenbürg ermordet. Zwei Jahre vorher, am 5. April 1943, war er im Alter von 37 Jahren in seinem Elternhaus in der Marienburger Allee 43 in Berlin-Charlottenburg verhaftet worden. Hier hatte er seinen Lebensort in unstillen Zeiten, fanden konspirative Treffen statt, schrieb er Teile seiner Ethik. Hierher kamen seine Briefe aus der Haft an die Familie und an seine Verlobte Maria von Wedemeyer. Helmut Linke, Unteroffizier mit Zivilcourage im Wachpersonal der Untersuchungshaftanstalt der Wehrmacht, schmuggelte die Briefe an der Zensur vorbei. Wir kennen sie aus dem von seinem Freund und Biografen Eberhard Bethge herausgegebenen Band »Widerstand und Ergebung« und aus »Brautbriefe Zelle 92. Dietrich Bonhoeffer – Maria von Wedemeyer. 1943–1945«.

Zur Jahreswende 1942/1943 verfasste Bonhoeffer seine Bilanz über das Leben im Widerstand gegen die NS-Diktatur (»Nach zehn Jahren«). In diesem Dokument mit historischen, politischen und spirituellen Gedanken schreibt er zu der von Gott auferlegten »Mitverantwortung für den Gang der Geschichte«: »Die Rede von heroischem Untergang angesichts einer unausweichlichen Niederlage ist im Grunde sehr unheroisch, weil sie nämlich den Blick in die Zukunft nicht wagt. Die letzte verantwortliche Frage ist nicht,

wie ich mich heroisch aus der Affäre ziehe, sondern [wie] eine kommende Generation weiterleben soll.«

Kein Funken Selbstmitleid, keine Selbstverklärung als Heroe oder Märtyrer, – das zeichnet nicht nur Dietrich aus, sondern auch viele andere im Widerstand gegen die NS-Tyrannie, wie seinen Bruder Klaus und die beiden Schwäger Hans von Dohnanyi und Rüdiger Schleicher, die wie Dietrich Bonhoeffer im April 1945 ermordet wurden. Wer aus ihm, wie im US-Film »Bonhoeffer«, einen zum Christus stilisierten Helden macht, vereinnahmt ihn für eigene Zwecke, die womöglich noch als angeblicher »Widerstand« gegen das »Establishment« verstanden werden.

Ein ganz anderes Licht aber fällt auf das Denken und Handeln von Menschen, die aus ihrem Glauben, ihrer Menschlichkeit und Würde heraus Widerstand leisten: In der Bergpredigt, die für Bonhoeffer in der Mitte der Botschaft Jesu steht, preist Jesus die selig, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden (Matthäus 5,10). Jesus verheißt ihnen: »Denn ihrer ist das Himmelreich:« »Selig« bedeutet, Gottes Willen tun, wie es in der Bitte im Vaterunser heißt: »Dein Wille geschehe« – nicht: »wie auf Erden so im Himmel«, sondern umgekehrt – »wie im Himmel so auf Erden«.

Dabei kann keine Aufgabe wichtiger sein als für das »Weiterleben der kommenden Generation« zu sorgen. Die Aufteilung der Gesellschaft in »Wir und die Andern« spaltet und ist eine unverantwortliche Ablenkung von den entscheidenden Zukunftsthemen vor der Haustür wie im globalen Maßstab: Klima, gerechter Friede, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Verständigung und Zusammenarbeit der Völker, nachhaltige Wirtschaft, Infrastruktur, Armut, Wohnen, Gesundheit, Ernährung, Bildung. Das große Ziel für die Widerstandsgruppen »20. Juli«, »Kreisauer Kreis«, »Freiburger Kreis« und viele andere war die Wiederherstellung des Rechtsstaats in Verantwortung vor Gottes Willen und der Verpflichtung zur Menschenwürde.

Geburtstage erinnern an die Familie, in die ein Mensch hineingeboren ist, Todestage machen deutlich, mit wem und wofür ein Mensch gelebt und gekämpft hat.

Im Bonhoeffer-Haus sind beide Aspekte im Blick. Wir laden herzlich ein zur wöchentlichen Öffnungszeit sonnabends um 10 Uhr und nach Vereinbarung. Anmeldung: www.bonhoeffer-haus-berlin.de

Gottfried Brezger, Pfarrer i. R., ist Vorsitzender der Erinnerungs- und Begegnungsstätte Bonhoeffer-Haus in Berlin.

Erinnern an die Todesmärsche 1945



Ab 1944 räumte die SS Konzentrationslager, an die die Front zu nah gerückt war. Zu kranke und erschöpfte Häftlinge wurden oft noch in den Lagern erschossen, viele weitere überlebten die tage- und wochenlangen Gewaltmärsche nicht und blieben erfroren oder erschossen am Wegrand zurück. Ab Januar 1945 verliefen diese Räumungen zunehmend chaotischer.

Aus den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Ravensbrück wurden rund 16.000 Gefangene Richtung Schwerin geschickt. In der DDR wurde ab 1976 auf 200 Tafeln entlang einer der verschiedenen Routen an die Verfolgten erinnert, wobei die kommunistischen Verfolgten im Zentrum standen. Diese Tafeln sind heute unterschiedlich gut erhalten und stehen mehr oder weniger zentral gelegen in den Orten.

In der Ortsmitte von Gühlen-Glienicke, nördlich von Neuruppin



Am Ortsausgang von Wulkow an der Bundesstraße 167.



Seit 1963 wird bei Wulkow an der Bundesstraße Richtung Herzberg an die 200 polnischen Opfer des Todesmarsches erinnert (oben).

An der Chaussee in Linow (Bild rechts)



Erinnerungsorte Brandenburg

Das Projekt erfasst alle Erinnerungsorte im Land Brandenburg, die sich mit der Arbeiterbewegung sowie den Opfern, Täter*innen und Taten im Nationalsozialismus auseinandersetzen. Auf einer Karte werden die Orte mit Fotos und Informationen online bereitgestellt. Im Sinne einer lebendigen Erinnerungskultur soll die Auseinandersetzung mit der lokalen Geschichte gestärkt werden. Die Karte wird beständig fortentwickelt. Neue Orte oder Informationen können eingereicht werden:

www.erinnerungsorte-brandenburg.de
[@erinnerungsortebrandenburg](https://www.instagram.com/erinnerungsortebrandenburg)

Ein Antisemit weniger auf Berliner Straßenschildern

Mit der Umbenennung in Betty-Katz-Straße endet der jahrzehntelange Streit um die Berliner Treitschkestraße

Johannes Zerger

In politischen Auseinandersetzungen braucht es oft einen langen Atem. Dass ein lokalpolitischer Streit allerdings fast drei Jahrzehnte andauert, ist eher ungewöhnlich. Umso erfreulicher, dass der langwierige Kampf für die Umbenennung einer Straße in Berlin-Steglitz nun endlich von Erfolg gekrönt – auch ASF hatte daran immer wieder Anteil. Nach mehr als einem Vierteljahrhundert kontroverser Debatten beschloss die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf im Januar 2025, die bisherige Treitschkestraße in Betty-Katz-Straße umzubenennen. Geehrt wird damit die Direktorin des einstigen Jüdischen Blindenheims in Steglitz, die 1944 in Theresienstadt ermordet wurde.

Der Historiker Heinrich von Treitschke war Ende des 19. Jahrhunderts einer der wirkmächtigsten Wegbereiter des Antisemitismus in Deutschland. Mit seiner programmatischen Schrift »Die Juden sind unser Unglück« hatte er 1879 den Berliner Antisemitismusstreit ausgelöst und damit entscheidend dazu beigetragen, die Judenfeindschaft in bürgerlichen Kreisen gesellschaftsfähig zu machen. Kein Wunder, dass sich auch die Nazis gerne des Treitschke-Zitats bedienten und es zum Leitspruch des antisemitischen Kampfblattes »Der Stürmer« machten.

Erste Bemühungen für eine Umbenennung gab es bereits in den 1990er-Jahren. Auf Initiative der evangelischen Patmos-Gemeinde, die an der Treitschke-

straße liegt, beschloss die BVV im Jahr 2000, immerhin ein Teilstück der gut 500 Meter langen Nebenstraße nach Kurt Scharf zu benennen. Der Bischof und Mitbegründer von ASF hatte bis zu seinem Tod im Jahr 1990 regelmäßig in der Patmos-Gemeinde gepredigt. Der Beschluss wurde allerdings wieder rückgängig gemacht. Eine juristische Prüfung hatte ergeben, dass so kurze Straßenabschnitte nicht unterteilt werden dürfen.

Gemeinsam mit der Patmos-Gemeinde machte sich ASF daraufhin für die Umbenennung der gesamten Straße in Kurt Scharf-Straße stark. In einem offenen Brief, den Prominente wie Iris Berben, Hildegard Hamm-Brücher und Rita Süsmuth unterzeichnet hatten, wurde es als Skandal bezeichnet, »dass in Berlin noch immer ein ausgewiesener Antisemit mit einem Straßennamen geehrt« werde. Anlässlich seines 100. Geburtstag setzte sich ASF dafür ein, stattdessen Kurt Scharf zu würdigen, der in der Bekennenden Kirche aktiv war, als Landesbischof und Ratsvorsitzender der EKD ohne Ansehen der Person Menschen in Not beistand und sich in herausragender Weise für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie einsetzte. Als ASF-Vorsitzender rief Scharf 1982 in einer Rede vor der UNO-Vollversammlung zur weltweiten Ächtung von Atomwaffen auf.

Beim Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin verschaffte ASF dem Anliegen mit einer Podiumsdiskussion unter dem Titel »Keine Ehrung für Wegbereiter des

Antisemitismus« mit der langjährigen Bundestagspräsidentin Antje Vollmer und einer Resolution mit über 3.000 Unterzeichner*innen bundesweite Aufmerksamkeit.

Eine Umbenennung der Treitschkestraße scheiterte dennoch immer wieder am Widerstand von CDU und FDP in der BVV, die den Straßennamen als Zeugnis der unterschiedlichen Epochen der Geschichte erhalten wollten und sich auf die Meinung der Anwohner*innen beriefen. Vielen scheuten den mit einer Namensänderung verbundenen Aufwand und störten sich nicht an der antisemitischen Haltung Treitschkes. Bei einer Anwohnerbefragung im Jahr 2012 sprachen sich drei Viertel gegen eine Umbenennung aus, bei einer weiteren zum Jahreswechsel 2022/23 waren es sogar fast 85 Prozent.

Auch wenn sich Kurt Scharf als Namensgeber nicht durchsetzen ließ. Die Umbenennung der Treitschkestraße in Betty-Katz-Straße ist ein (lokal-)historischer Erfolg, für alle, die sich – mit dem nötigen langen Atem – gegen Antisemitismus und für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft im Kleinen wie im Großen einsetzen. Es ist gut, dass hier künftig an Betty Katz erinnert wird.

Johannes Zerger ist Geschäftsführer der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste – ijgd. Von 1996 bis 2009 war er ASF-Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising.

60 Jahre diplomatische Beziehungen – 64 Jahre ASF in Israel

ASF gehört zu den Wegbereiter*innen der diplomatischen Beziehungen mit Israel. Bei der Gründung 1958 wurde Israel neben Polen und der Sowjetunion als eines der Länder genannt, deren Menschen das meiste Leid von NS-Deutschland zugefügt wurde. Die ersten Freiwilligen sollten im April 1961 entsendet werden, was aber um ein halbes Jahr verschoben werden musste. Denn im damaligen Eichmann-Prozess setzte sich die israelische Gesellschaft erstmals öffentlich mit den Traumata der Shoah auseinander. Es gab wenig Offenheit, junge Menschen aus Deutschland aufzunehmen, deutsche Besuchergruppen waren noch selten im Land. Doch Brückenbauer*innen in Israel wie in Deutschland bahnten erste Kontakte.

Im Herbst 1961 reisten dann die ersten Freiwilligen ein und halfen im Kibbutz Uri in der Negev-Wüste. Ihnen folgten bis 2023 mehr als tausend junge und manchmal ältere Menschen, die für ein bis zwei Jahre Shoah-Überlebende begleiteten, Menschen mit Behinderungen unterstützten und in Gedenkstätten oder jüdisch-arabischen Koexistenz-Projekten mithal-

fen. Das Freiwilligenprogramm musste nach dem 7. Oktober 2023 unterbrochen werden, seitdem befindet sich Israel im Kriegszustand und die Hoffnungen auf die Befreiung der Geiseln, ein Leben in Sicherheit und eine gerechte Zwei-Staatenlösung scheinen immer ferner. Das schmerzt uns sehr.

Umso dankbarer sind wir für die tiefen Freundschaften, die entstanden sind. Wir hoffen, dass wir noch in diesem Jahr wieder Freiwillige entsenden und in unserer Begegnungsstätte *Beit Ben-Yehuda* internationale Gäste begrüßen können. Wir hoffen für die Menschen in Israel und in den palästinensischen Gebieten, dass sie ohne innere und äußere Gewalt in Selbstbestimmung leben können. Wir hoffen, dass die letzten Geiseln freigelassen werden. Unser Mitgefühl ist bei den Menschen, die in dieser Lage mit Verlusten und Ängsten leben müssen.

Film zum Jubiläum 60 Jahre ASF in Israel:

www.asf-ev.de/60-jahre-israel

60 Jahre Versöhnung im Zeichen des Nagelkreuzes

Am 14. November 1940 zerstörte die deutsche Luftwaffe große Teile der mittelenglischen Stadt Coventry. Der verheerende Angriff tötete 568 Menschen, viele weitere kamen bei zwei späteren Angriffen ums Leben. Der Domdekan Richard Howard rief in einer Weihnachtsmesse inmitten der Kirchenruine zu Versöhnung statt Hass auf. Kurz nach Kriegsende wurde eine Städtepartnerschaft mit dem zerstörten Kiel und 1959 mit Dresden geschlossen. Aus den Nägeln des Dachgebälks wurde ein erstes Nagelkreuz zusammengefügt, später kamen in über 160 Kirchen und Gedenkorten viele weitere hinzu. 1961 halfen ASF-Freiwillige beim Aufbau der zerstörten Kathedrale, deren Ruinenmauern nicht abgerissen, sondern bewusst im Sinne eines geschichtsbewussten Aufbruchgedankens um einen Neubau ergänzt wurden.

Hier entstand ein Versöhnungszentrum mit einem umfangreichen Bildungs- und Begegnungsprogramm. Jedes Jahr kommen zahlreiche Pilger- und Besuchergruppen aus der ganzen Welt, die Kirche engagiert sich jedoch auch sehr stark für die Stadtgesellschaft, die von den industriellen Strukturbrüchen gezeichnet ist. ASF-Freiwillige tragen mit vielen weiteren Ehrenamtlichen diese Aktivitäten mit. Die letztjährige Freiwillige Lea berichtet im aktuellen Jahresbericht über ihr Engagement.

1965 halfen wiederum englische Freiwillige beim Wiederaufbau des Diakonissenhauses in Dresden. Als Zeichen der Versöhnung erhielt *Aktion Sühnezeichen* am 9. September 1965 das Nagelkreuz von Coventry. ASF ist bis heute Teil der internationalen Nagelkreuzgemeinschaft.

Der Bericht der Coventry-Freiwilligen Lea im neuen ASF-Jahresbericht (S. 26f.): www.asf-ev.de/jahresbericht

Zu Besuch bei Michael Krupp

Uriel Kashi

Kürzlich wurde Michael Krupp mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Für mich Anlass, ihn in seinem Haus in En Karem zu besuchen. Wir saßen in der Morgensonne auf seiner Terrasse, mit Blick auf die bewaldeten Hügel westlich von Jerusalem. Michael Krupp erzählte, wie er bereits 1959 als Student der Theologie per Anhalter nach Israel reiste. Da es noch keine diplomatischen Beziehungen zwischen den Ländern gab, war ein israelisches Visum nur mit persönlicher Einladung eines Israelis erhältlich.

In jenen frühen Jahren sei die Begegnung zwischen Deutschen und Israelis noch von einer beidseitigen Unsicherheit geprägt gewesen. Die meisten Deutschen hätten kaum etwas über das heutige Israel gewusst, aber auch viele Israelis hätten wenig Kenntnis darüber gehabt, wie sich Deutschland nach 1945 entwickelt hatte.

In Israel angekommen, verbrachte Krupp einige Wochen im deutsch-jüdischen Kibbuz Galed, später im religiösen Kibbuz Tirat Tsevi, in dem sowohl deutsch- als auch polnischstämmige Israelis lebten. Während die deutschstämmigen Jüdinnen*Juden häufig Erinnerungen an das Deutschland vor der NS-Zeit bewahrt hatten – an Bildung, Kultur, Freundschaften – und ihm mit großer Neugierde gegenübertraten, kannten viele polnischstämmige Israelis Deutsche nur als Täter*innen. Entsprechend schwierig war der Zugang zu ihnen. Aber auch für einige deutschstämmige Juden war der Kontakt mit dem jungen Deutschen nicht immer einfach.

Das zweite Mal kam Michael Krupp für längere Zeit von 1964 bis 1966 zum Studium an der Hebräischen Universität in Jerusalem, wo er engere Verbindungen zu ASF knüpfte, das seit 1961 in Israel arbeitete. Die ersten Freiwilligen waren noch nicht in sozialen Projekten tätig. Sie arbeiteten auf der Baustelle eines Blindenheims in Kiryat Moshe, mischten Beton und errichteten Mauern – körperlich fordernd, unter einfachsten Bedingungen. Das Blindenheim war eines der ersten sichtbaren Resultate des neuen Freiwilligendienstes.

Ab 1970 leitete Michael Krupp schließlich gemeinsam mit Rudolf Maurer das ASF-Programm und verantwortete vor allem die Seminare im Haus Beit Ben-Yehuda, dass ASF von der

Jerusalem Stadtverwaltung zur Verwaltung überlassen wurde. Hin und wieder ließ sich auch die Familie Ben Yehuda blicken.

Die Kontakte zur Stadtverwaltung beschreibt Krupp als hervorragend – insbesondere zu Bürgermeister Teddy Kollek, der selbst aus einer österreichisch-jüdischen Familie stammte. Auch in israelischen Ministerien traf man auf offene Gesprächspartner*Innen mit deutschsprachigem Hintergrund. Diese Menschen standen ASF offen gegenüber – nicht zuletzt, weil sie in der Präsenz junger Deutscher in Israel einen Beitrag zur Verständigung und zur moralischen Aufarbeitung der Vergangenheit sahen.

In die Amtszeit von Michael Krupp fiel der Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973. Ein Ereignis, das nicht nur die israelische Gesellschaft, sondern auch die Arbeit von ASF auf die Probe stellte. In Jerusalem selbst blieb es vergleichsweise ruhig. Und doch, so erinnert sich Krupp, habe ein Ausnahmezustand geherrscht: Alle israelischen Männer wurden eingezogen, viele soziale Einrichtungen standen plötzlich ohne Personal da. Die ASF-Freiwilligen blieben – und wurden nun dringender gebraucht denn je.

Rudolf Maurer blieb durchgehend vor Ort. In En Karem, wo viele Männer an die Front gerufen worden waren, sei er der Einzige mit einem Auto gewesen, erzählt Krupp. Maurer fuhr regelmäßig durch die Straßen und brachte Brot und Milch – eine kleine, aber entscheidende Geste, die vielen Menschen in Erinnerung blieb.

Nach seiner Zeit bei *Aktion Sühnezeichen* widmete sich Michael Krupp ganz dem Aufbau des Programms »Studium in Israel«. Er hat mir bei unserem Gespräch angeboten, seine Erinnerungen auch mit der nächsten Generation von Freiwilligen zu teilen, die hoffentlich im September wieder ins Land kommen können. Wir freuen uns auf diese Begegnung.

Die vollständige Fassung dieses Berichts auf der ASF-Website: www.asf-ev.de/beitraege

Uriel Kashi ist ASF-Landesbeauftragter in Jerusalem.

Unbequem, aber solidarisch

Peggy Parnass (11. Oktober 1927 – 12. März 2025)

Matteo Schürenberg

Sie setzte sich bis zum Schluss mit aller Kraft für die Aufarbeitung der NS-Verbrechen, die Rechte queerer Menschen und für Solidarität ein. Peggy Parnass ist tot. ASF-Freiwillige begleiteten sie bei der ASF-Partnerorganisation »Psychosoziale Arbeit mit Verfolgten«.

Ihre Eltern kamen aus Polen nach Hamburg, wo Peggy Parnass 1927 geboren wurde. Die Stadt sollte trotz der Flucht vor den Nazis ihre Heimatstadt bleiben. Die jüdische Familie trafen in den 1930er-Jahren die antisemitischen Schikanen immer härter. Mit ihrem vier Jahre alten Bruder Gady konnte die Zwölfjährige 1939 durch einen Kindertransport nach Stockholm gerettet werden. Ihre Eltern wurden 1943 im Vernichtungslager Treblinka umgebracht. In den folgenden Jahren lebten die Geschwister in vielen verschiedenen Pflegefamilien und wurden dabei auch zeitweilig getrennt. Peggy kämpfte schon früh für ihren Bruder, der in einem Kinderheim Vernachlässigung und Gewalt erlitt.

Nach einem Studium in Stockholm, London, Hamburg und Paris und zahlreichen Jobs als Sprachlehrerin, Filmkritikerin, Kolumnistin und Dolmetscherin für die Kriminalpolizei, kehrte Peggy mit ihrem Sohn Kim, den sie nach Kriegsende in Stockholm auf die Welt brachte, in ihre Heimatstadt zurück. Hier arbeitete sie als Übersetzerin, Schauspielerin, Gerichtsreporterin und Kolumnistin. Ihre Wohnung im Hamburger Stadtteil St. Georg wurde zum Treffpunkt von Künstler*innen und Aktivist*innen. Sie engagierte sich gegen die Verdrängung der NS-Verbrechen, gegen alte und neue Nazis und berichtete bis ins hohe Alter von der Verfolgung ihrer Familie, darunter auch beim 60. Jubiläum von ASF. Sie schrieb über ihr Leben in der Autobiografie »Süchtig nach Leben« (1990) und über ihre Kindheitserinnerungen »Kindheit: Wie unsere Mutter uns vor den Nazis rettete« (2012), das sie ihren liebevollen Eltern und insbesondere ihrer Mutter widmete.

Sie gilt als Ikone der queeren Bewegung, bekämpfte schon früh die Verfolgung Homosexueller nach dem Paragraphen 175 im Strafgesetzbuch und lebte einen selbstbewussten Feminismus. In einem taz-Interview sagte sie rückblickend: »Ich habe mich immer für Schwule eingesetzt, und Schwule für mich, Gott sei Dank, ich war ja allein. Die ganzen Jahre, als sie wie



Peggy Parnass 1971 in ihrer Wohnung in Hamburg, St. Georg.

Dreck behandelt wurden. Da glaube ich, haben wir schon einiges im Laufe der Zeit bewirkt.«

Nach einem Sturz musste sie aus ihrer langjährigen Wohnung voller Bücher, Fotografien und Erinnerungen in ein Pflegeheim ziehen. Hier unterstützte sie die ASF-Partnerorganisation »Psychosoziale Arbeit mit Verfolgten«. Sie war bis zum Schluss im Begegnungscafé. Da brauchte sie Hilfe, auch beim Essen, war aber immer da. ASF-Freiwillige aus dem internationalen Freiwilligenprogramm besuchten sie. Alesja Belanovich aus Belarus beschrieb, wie beeindruckend diese Begegnungen waren: »Peggy Parnass hat einmal gesagt, dass sie ihr ganzes Leben kämpft. Gegen Nazismus, Atomwaffen, Bundeswehrendienst. Für Frieden, Gleichberechtigung, Toleranz. Es fällt schwer, zu kämpfen, ohne Hoffnung, dass Ziel zu erreichen. Sie kämpft aber weiter. Nicht aufgeben! Nicht ruhig bleiben! Das lerne ich von Dir, Peggy!«

Peggy Parnass wurde auf dem Jüdischen Friedhof Ohlsdorf beerdigt.

Junge Menschen unterstützen, Verantwortung zu übernehmen

Ein Gespräch mit **Donata Gries**, die 30 Patenschaften übernommen hat

Ein Freiwilligendienst mit ASF – was verbinden Sie damit?

Für mich hat das drei Ebenen: die persönliche Entwicklung und Übernahme von Verantwortung, Erinnerungskultur, Christliche Werte.

Wo haben Sie als Patin diese Dimensionen bei den Freiwilligen erlebt?

Meine beiden Töchter haben Freiwilligendienste gemacht. Die jungen Erwachsenen, die rausgehen, sind ja meist das erste Mal unabhängig vom Elternhaus. Sie übernehmen gesellschaftliche Verantwortung – auch in konflikthaften Themenfeldern – und spüren dabei: Ich bin nicht nur für mich da. Sie setzen sich diesem neuen Leben voll aus, sie erleben sich so selbst anders. Das ist ein großer Wachstumsschub.

Welche konkreten Einblicke haben Sie aus dem Freiwilligenalltag bekommen?

Ich habe mittlerweile 30 Patenschaften übernommen und die Freiwilligen haben mir viele Berichte geschickt: Sie setzen sich ganz unterschiedlich in diesem Jahr mit sich und ihrem Friedensdienst auseinander: Manche gehen leichter, andere schwerer mit diesem neuen Leben und seinen Herausforderungen um, was je-

doch Prozesse sind, durch die man gehen muss. Und der Projektalltag in Griechenland kann ganz anders aussehen als in den USA oder Polen. ASF unterstützt sie dabei. Diese Begleitung hat mich am meisten überzeugt: angefangen bei den Vorbereitungsseminaren, den Seminaren im Land bis zu den Ansprechpersonen, wenn Freiwillige Unterstützung brauchen.

ASF versteht das Engagement als eine aktive Form des Erinnerns...

Über das, was unter Erinnerungskultur verstanden wird, gibt es ja sehr unterschiedliche Ansichten. Aus psychologischer Sicht ist für mich aber klar, dass man nur etwas überwinden kann, wenn man sich damit auseinandersetzt. Und wir müssen uns immer bewusstmachen, wie grausam Menschen werden können – besonders, wenn Systeme Grausamkeit befördern und es individuell kaum Auswege daraus gibt. In Zeiten, wo wir jedoch die Freiheit haben, uns damit offen auseinanderzusetzen, können wir lernen Nein sagen zu den kleinen Grausamkeiten im eigenen Alltag. Zu diesen Fragen arbeite ich auch als Unternehmensberaterin. Deutschland hat heute eine für mich in Vielem vorbildliche Erinnerungskultur,

dazu gehört auch die Arbeit von ASF. Unter Stalin etwa ermordete man Millionen von Menschen, was nicht aktiv bearbeitet und betrauert wurde. Vermutlich würde Russland heute woanders stehen, wenn die Gesellschaft sich aktiv mit dieser Schuld und Verletzung auseinandergesetzt hätte.

Sie erwähnten christliche Werte ...

... das ist mir in der ASF-Arbeit sehr wichtig, gerade mit Blick auf die heutige Zeit: Der Mensch wird schuldig, was ihn jedoch nicht in Ohnmacht und Starre halten muss. Denn ihm wird vergeben, wenn er das aufrichtig annimmt. Der Mensch kann dann so viel Gutes erreichen.

Was würden Sie anderen als Patin empfehlen?

Eine Patenschaft für die Freiwilligen aus dem Ausland, die hier im internationalen Freiwilligenprogramm aktiv sind! Gerade mit Blick auf die Kriege unserer Zeit fand ich es wichtig, junge Freiwillige aus der Ukraine, Russland oder Israel zu fördern.

Donata Gries ist Theologin, hat einen Master-Abschluss in systemischer Beratung und ist selbständige Unternehmensberaterin.



Fabian aus Dunstelkingen wird in der Arche Gent Menschen mit Behinderung begleiten.

Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



Jahrestagung und Mitglieder- versammlung 2025

80 Jahre und kein Ende. Zwischen Erinnerung und Gegenwart 80 Jahre nach Ende der NS-Gewaltherrschaft

80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung von der NS-Gewaltherrschaft stellen sich Fragen zu Krieg und Frieden, globalen Krisen und internationaler Zusammenarbeit mit neuer, dringlicher Aktualität. Der massive Rechtsruck in Deutschland und der zunehmende Geschichtsrevisionismus bedrohen Erinnerungskultur und Gedenkort. Autokratische Kräfte greifen weltweit die demokratische Idee an, verzerren historische Fakten und die Erinnerung an die NS-Verbrechen.

Auf der Jahrestagung setzen wir uns mit diesen Umbrüchen auseinander und fragen nach der Gegenwart der Erinnerung: Wie können wir die Kriege und Konflikte dieser Welt geschichts-

bewusst verstehen, um über Grenzen hinweg Demokratie, Solidarität und Kooperation zu stärken?

17. Mai 2025 | 9.15–21.00 Uhr | Paul Gerhardt Stift Berlin

Vorträge, Podiumsdiskussion, Arbeitsgruppen, Stadtrundgang und Musik

35 €/ermäßigt 20 €

Anmeldung bis zum 30. April

Anmeldung: www.asf-ev.de/jahrestagung

18. Mai 2025 | 9.00 Uhr | Paul Gerhardt Stift Berlin

ASF-Mitgliederversammlung

TERMINE

30. APRIL–4. MAI 2025 | HANNOVER

Evangelischer Kirchentag

ASF-Programm mit Info-Stand, Gesprächsrunden und Workshops (Messe Hannover, Halle 6, Stand 6-K34)

6.–11. MAI 2025 | BERLIN UND POTSDAM

31. Jüdisches Filmfestival Berlin Brandenburg

Mit ASF präsentiert das Festival zwei Dokumentarfilme über die jüdische Gemeinschaft in der Ukraine und in Tschechien (The Community/Between the Ditches and the Ramparts). ASF verlost 2 mal 2 Freikarten.

Mail an: presse@asf-ev.de

3.–4. MAI 2025 | GEDENKSTÄTTE RAVENSBRÜCK

80. Jahrestag der Befreiung

Gedenkprogramm mit einem ASF-Stand auf dem Markt der Erinnerung und Begegnung

9. MAI 2025 | BERLIN

ASF auf Erkundung

Erinnerung an die Ermordeten der NS-Militärjustiz mit einer Besichtigung des ehemaligen Reichskriegsgerichts und einem Spaziergang zum Gedenkort in der Murellenschlucht (nicht barrierefrei)

Anmeldung: baumgaertel@asf-ev.de

7. SEPTEMBER 2025 | BERLIN/BRANDENBURG

Entsendegottesdienste 2025

Verabschiedung der neuen Freiwilligen in Gemeinden

9.–12. OKTOBER 2025 | BERLIN

Bremen zwischen Kolonialismus, NS-Zwangsarbeit und Sport als Massenphänomen

Kulturgeschichtliche Studienreise für Mitglieder und ehemalige ASF-Freiwillige. Programm und Anmeldung:

www.asf-ev.de/studienreise-bremen

Weitere Informationen zu den Terminen unter www.asf-ev.de/termine

Ich möchte die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste unterstützen!



Ich werde Mitglied

Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) meine Stimme geben und Mitglied werden (Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Aktionscode
ZI24B03

Name:

Adresse:

Mitgliedsantrag auch online unter: asf-ev.de/mitglied-werden

Ich spende

Bitte ziehen Sie ab dem (Datum) von meinem Konto Euro
 einmalig monatlich vierteljährlich jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name:

Vorname:

IBAN:

E-Mail-Adresse für Einladungen und weitere Informationen:

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....
Ort, Datum und Unterschrift der*des Kontoinhaber*in

Bitte an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. Fax: +49 30 28395-135
E-Mail: spende@asf-ev.de

Bitte beachten: neue Kontoverbindung seit April 2023

Spendenkonto Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
BIC: BFSWDE33XXX | IBAN: DE72 3702 0500 0003 1137 00 | SozialBank

Hinweis zum Datenschutz: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. verwendet personenbezogene Informationen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb der Organisation. Wir geben Personendaten nur an Dritte weiter, sofern dies für ihre Aufgaben erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben oder erlaubt ist oder eine Einwilligung vorliegt. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitungen sind die Abwicklung der Spende gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO sowie unser berechtigtes Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, unsere Spender*innen über die Verwendung der Spende und unsere Arbeit zu informieren. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: www.asf-ev.de/datenschutz



Patinnen*Paten für unsere Freiwilligen gesucht!

Werden Sie Teil eines einzigartigen Freiwilligenjahres! Im September startet die nächste Freiwilligengeneration in ihren internationalen Friedensdienst und wird Zeichen setzen für Verständigung und aktive Erinnerung. Mit einer Patenschaft für eine*n der jungen Freiwilligen sind Sie ein Jahr mit dabei.

So werden Sie Patin oder Pate:

→ auf unserer Webseite stellen sich die Freiwilligen mit ihren Freiwilligenstellen vor:
www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften

→ telefonisch: 030 28 395 208



»Ich danke allen meinen Patinnen und Paten herzlich, die mein Jahr mit ASF finanziell unterstützt haben. Die Möglichkeit, nach der Schule einen Friedensdienst im Ausland zu leisten, ist nicht nur ein großes Privileg. Es ist auch ein wichtiger Beitrag, um die Welt Stück für Stück zu einem besseren Ort zu machen.«

Michael Moses Dasler engagierte sich 2023–2024 als ASF-Freiwilliger in einem jüdischen Seniorenzentrum in Boston, USA.

GESCHICHTE ERLEBEN – ZUKUNFT GESTALTEN

SPENDENKONTO AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE: IBAN DE72 3702 0500 0003 1137 00



Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bescheinigt den verantwortungsbewussten Umgang mit den anvertrauten Mitteln. Als Zeichen für Vertrauen trägt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. seit 2001 das DZI Spenden-Siegel.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland, in andere EU-/EWR-Staaten und in die Schweiz in Euro.

Begünstigte: Name, Vorname/Firma

ASF e. V.

IBAN

DE72 3702 0500 0003 1137 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

BFSWDE33XXX



Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste

Betrag: Euro, Cent

Danke für Ihre Spende!

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name der/des Spender*in:

ggf. Stichwort

Z i 2 5 B 0 1

PLZ und Straße der/des Spender*in:

Angaben zu Kontoinhaber*in / Zahler*in: Name, Vorname / Firma, Ort (keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE 06

Datum

Unterschrift(en)

Beleg / Quittung für Auftraggeber*in

IBAN Kontoinhaber*in

Empfänger

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80, 10117 Berlin

IBAN DE72 3702 0500 0003 1137 00
SozialBank

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist wegen Förderung mildtätiger und gemeinnütziger Zwecke nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I von Berlin, StNr. 27 / 659 / 51675 vom 28.08.2020 für die Jahre 2017 bis 2019 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit. Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet wird.

Spendenbetrag: Euro, Cent

Ihre Spendenbescheinigung

schicken wir Ihnen jeweils zu Beginn des Folgejahres automatisch zu. Für Beträge bis zu 300 Euro genügt dieser quittierte Beleg zusammen mit Ihrem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung.

Name Auftraggeber*in / Quittungsstempel

SPENDE



Unterstützen Sie junge Freiwillige mit Ihrer Patenschaft!

Ein Jahr Freiwillige begleiten –
Ein Jahr Engagement möglich machen

Alle Informationen und die neuen Freiwilligen im Portrait:
www.asf-ev.de/patenschaft
Tel. +49 30 28 395 208 | Mail: infobuero@asf-ev.de